



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **5. Sitzung (öffentlich)**

3. Februar 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:26 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Gespräch mit Seiner Exzellenz, Herrn Per Thöresson, Botschafter des Königreichs Schweden in der Bundesrepublik Deutschland</b>	<b>6</b>
<b>2</b>	<b>Missbrauch der EU-Freizügigkeit wirksam bekämpfen – Landesförderung für die Clearingstellen einstellen</b>	<b>18</b>

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/983

Stellungnahme 18/271

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 18/983, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

**3 Grenzpendler: Homeoffice zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und Niederlande muss auch weiterhin möglich sein! 20**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1865

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2802

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, eine schriftliche Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

**4 Homeoffice: Neue Regeln zur Sozialversicherung für Grenzpendler nach Österreich (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1]) 21**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/780

– Wortbeiträge

**5 Hilfe für die Ukraine und Perspektiven für die Regionalpartnerschaft mit Dnipropetrowsk: Welche Unterstützung leistet die Landesregierung? (Bericht beantragt von der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]) 24**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/779

– Wortbeiträge

**6 Europapolitische Prioritäten (Bericht auf Wunsch der Landesregierung; nachträglich zur Verfügung gestelltes Factsheet s. Anlage 3) 29**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/775

– Wortbeiträge

- 7 Hintergründe und inhaltliche Schwerpunkte der Verwaltungsvereinbarung über die Inanspruchnahme der Reserve für die Anpassung an den Brexit („Brexit-Adjustment Reserve“ – BAR) (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 37**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge
- 8 NRW-USA-Jahr (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) 39**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/777
- Wortbeiträge
- 9 Was ist seit der Unterzeichnung der Partnerschaftserklärung zwischen der Greater Manchester Combined Authority und dem Regionalverband Ruhr passiert? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]) 41**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/778
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage18/778 zur Kenntnis.
- 10 Verschiedenes 42**
- a) Sommerfest in der Landesvertretung Brüssel voraussichtlich am 5. September in Verbindung mit einer auswärtigen Sitzung des Ausschusses in Brüssel 42**
  - b) Themenwünsche für die auswärtige Sitzung in Brüssel 42**
  - c) Gespräch des Ausschusses mit einer Delegation des Flämischen Parlamentes sowie mit Vertretern der Euregio 43**



### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** begrüßt als neues Ausschussmitglied und Sprecher der FDP-Fraktion den Nachfolger von Prof. Dr. Pinkwart, Herrn Dr. Werner Pfeil. Er heiÙe ihm im Namen des Ausschusses herzlich willkommen.

Besonders begrüÙe er auch die Gäste der heutigen Sitzung, Seine Exzellenz, Herrn Per Thöresson, Botschafter des Königreichs Schweden in der Bundesrepublik Deutschland, sowie die Honorarkonsulin Frau. Dr. Juliane Kronen.

Für die Landesregierung begrüÙe er Herrn Minister Nathanael Liminski, der im Laufe des Tagesordnungspunktes 1 eintreffen werde, und alle weiteren Vertreter der Landesregierung sowie die Öffentlichkeit.

## 1 Gespräch mit Seiner Exzellenz, Herrn Per Thöresson, Botschafter des Königreichs Schweden in der Bundesrepublik Deutschland

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Es ist mittlerweile schon Tradition, dass unser Ausschuss während einer EU-Ratspräsidentschaft Vertreterinnen und Vertreter des jeweiligen Landes einlädt. Wir freuen uns, etwas von Ihnen zur Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft zu hören, auch ihre Schwerpunkte. Ich heiße Sie noch einmal ganz herzlich willkommen, bitte schön.

**S. E. Per Anders Thöresson (Botschafter des Königreichs Schweden):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Abgeordnete und Vertreter der Landesregierung! Erst einmal vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich sehr, hier im wunderschönen Landtag in Düsseldorf zu sein. Das ist die dritte Station meiner EU-Ratspräsidentschafts-Tournee. Letzte Woche waren wir schon in Bayern und Baden-Württemberg und jetzt drei Tage voll mit Programmpunkten in Nordrhein-Westfalen.

Vielleicht sollte ich mit ein paar Eckpunkten anfangen, ich komme dann mehr zum Inhalt. Wir sind jetzt zum dritten Mal EU-Ratspräsidentschaft. Ich war beide Male dabei, 2001 und 2009. Wir haben von den früheren Ratspräsidentschaften gelernt, dass eine großenbasierte Arbeit am besten funktioniert. Beim ersten Mal waren wir natürlich in Stockholm sehr darauf bedacht, dass wir einen Eindruck von der Hauptstadt geben. Aber inzwischen wissen wir, wenn man Erfolg haben will, dann muss man in Brüssel vor allem die Arbeit machen.

Es gibt viel zu tun. Wir haben eine relativ umfangreiche Anzahl von Dossiers geerbt. Etwa 350 Rechtsakte liegen schon auf unserem Tisch und sollen behandelt werden in Trilogien, zum Beispiel mit dem Europaparlament und mit der Kommission. Und da sind die Kollegen in Brüssel täglich schon dabei. Was man vielleicht nicht so erkennt: Man muss hinter der Szene auch sehr viel Arbeit leisten. Wir organisieren, wir planen, führen durch und wollen dann auch irgendwie eine Nachfolge machen von 2 000 Sitzungen in Brüssel und Luxemburg. Traditionsgemäß werden wir auch etwa 150 Sitzungen in Schweden durchführen. 17.000 Delegierte werden nach Schweden kommen und hoffentlich ein bisschen von unserem schönen Land erleben.

Von der Präsidentschaft wird erwartet, dass man die nationalen Positionen zurückfährt. Das haben wir vor. Wir wollen den „Honest Broker“ machen und uns auf die gemeinnützige Arbeit fokussieren. Wir werden Kompromisse suchen, egal, ob Sie mit unseren Positionen übereinstimmen oder nicht.

Wir übernehmen die Präsidentschaft in einer sehr schwierigen Zeit. Der Krieg Putins gegen die Ukraine hat unser Verständnis von Frieden, von Völkerrecht, von einer europäischen Friedensordnung zerrüttet. Die Unterstützung für die Ukraine wird unsere Arbeit sehr prägen. Wenn man unser Programm liest, dann fängt fast jeder Abschnitt mit ein paar Sätzen über die Ukraine an. Was wir natürlich auch wissen müssen, ist, dass sich die Ukraine eigentlich auch für uns verteidigt. Es geht um die europäische Sicherheit. Es geht um Völkerrecht, dass ein Angreifer sich nicht illegal Territorium einverleiben kann. Deswegen sterben leider Ukrainerinnen und Ukrainer jeden Tag für uns. Das ist der Grund, dass wir als Prioritäten 1 – 2 die Ukraine festgesetzt haben.

Wir wollen die Ukraine weiterhin politisch, wirtschaftlich, humanitär und militärisch unterstützen. Wir wissen auch, dass sich die Kommission gerade heute in Kiew zu einem Gipfeltreffen mit Präsident Selenskyj befindet. Die Hoffnungen sind groß vonseiten der Ukraine, dass es schnell gehen soll, Mitglied zu werden. Wir sind der Auffassung, man kann und soll die Ukraine unterstützen. Aber es gibt keinen schnellen Weg. Es gibt Kriterien, die gelten. Mit Unterstützung können wir diesen Prozess beschleunigen.

Wir sind uns sehr bewusst, dass Europa ohne den transatlantischen Link wahrscheinlich nicht genügend Hilfe hätte leisten können. Wir wollen diesen transatlantischen Link behalten, stärken und wirklich gemeinsam handeln. Wenn man es ganz krass betrachtet, glaube ich, ist es richtig zu sagen: Wenn Putin uns testen wollte, dann haben wir den Test gut bestanden. Die Einigkeit, die wir in Europa erleben, ist selten leider. Aber schon ein paar Tage nach dem Kriegsbeginn haben wir angefangen zu diskutieren, über Waffenlieferungen in erster Linie, aber auch über Strafmaßnahmen gegen Putin und Lukaschenko. Wir haben inzwischen neun Sanktionspakete verabschiedet. Wir arbeiten gerade an einem zehnten Paket. Es sollte noch vor dem 24. Februar fertig sein, hoffentlich.

Es geht natürlich auch darum, Putin zur Rechenschaft zu ziehen. Da unterstützen wir die Ukraine in den Plänen, ein Hybrides Tribunal zu errichten. Es sind schwierige juristische Fragen. Es geht um Immunität usw.. Aber irgendetwas muss passieren. Wir haben Erfahrungen aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Ruanda, die vielleicht nützlich werden können.

Neben der Ukraine gibt es auch in dem Arbeitsprogramm weitere Prioritäten. Und die erste ist natürlich die europäische Sicherheit und Einheit. Damit habe ich schon das meiste gesagt. Aber wir können auch intern in der EU die Arbeit stärken, wenn es um unsere sicherheitspolitischen und verteidigungspolitischen Kapazitäten geht. Da wollen wir Schritte gehen, dass wir auf einer soliden Basis stehen, auch für die Zukunft.

Priorität Nummer zwei ist die Resilienz- und Wettbewerbsfähigkeit. Das ist ein Gebiet in Europa, bei dem wir großes Potenzial sehen, dass wir besser werden können. Der Binnenmarkt ist, glaube ich, die größte Errungenschaft der Europäischen Union, er feiert dieses Jahr 30 Jahre. Er ist sehr wichtig für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Aber es gibt noch Baustellen sowohl in dem traditionellen Handelsbereich wie auch in digitalen Fragen oder bei Dienstleistungen. Das wollen wir vorantreiben.

Wir wollen natürlich auch feiern, dass der Binnenmarkt jetzt sozusagen erwachsen ist. Da sprechen wir auch mit der Kommission, dass wir in den nächsten Monaten einen Entwurf mit einer Strategie bekommen, wie Europa langfristig wettbewerbsfähiger werden kann. Neben dem Binnenmarkt gibt es natürlich die internationalen Freihandelsverträge. Da müssen wir voranpreschen. Die Abhängigkeit von Russland und auch China hat gezeigt, dass wir vor allem mit freien Ländern enger zusammenarbeiten müssen und einen intensiven Handel betreiben sollten. Da gibt es ja ein paar Verträge, die quasi fertig sind, etwa Mercosur. Aber auch mit Australien sind wir fast fertig, und das sollten wir wirklich mit Priorität behandeln.

Wir können und müssen auch mehr in Forschung und Entwicklung, in Innovationen investieren. Da macht China mehr, da machen die USA mehr als die Europäische

Union. Wenn wir weiterhin Marktführer auf den Weltmärkten bleiben wollen, dann müssen wir da mehr tun. Wir müssen noch besser werden, um die besten Köpfe aus nicht EU-Staaten anzulocken. Heute gehen leider viele lieber in die USA. Wir denken und meinen, wir sollten Sie zu uns locken. Dazu gehört auch Ausbildung. Da gibt es auch Nachholbedarf, fast überall in Europa, damit wir wirklich diese Position als Marktführer behalten können.

Dann gibt es das Problem mit dem Inflation Reduction Act von Präsident Biden. Da muss man zuerst sagen: Es ist ja sehr willkommen, dass die USA jetzt so viel Geld in die Grüne Transformation stecken möchte. Leider hat das Gesetzespaket auch zu negativen Auswirkungen geführt, vor allem für gewisse Branchen in Europa. Da muss man aber auch im Hinterkopf haben, dass in Europa mehr Geld für die Grüne Transformation ausgegeben wird als in den USA. Aber für gewisse Branchen gibt es jetzt mehr Unterstützung in den USA. Wir merken das zum Beispiel bei unserem schwedischen Batteriehersteller Northvolt. Sie planen, in Schleswig-Holstein eine Megafabrik zu bauen, mussten aber überlegen, ob sie lieber in die USA gehen sollten. Da kann man anscheinend eine Fabrik quasi umsonst für zehn Jahre treiben. Und das ist natürlich schwierig zu entscheiden. Ich glaube aber, die Lösung ist, Northvolt macht beides. Es ist natürlich eine gute Sache.

Bei der Klimaarbeit haben wir die Grundlagen. Wir haben Fit for 55, das wollen wir weiterführen und mit Inhalt füllen. Unsere Überzeugung ist es, Europa muss und kann in der Welt eine führende Rolle spielen, indem wir ehrgeizige Ziele setzen, aber auch erreichen.

Die Energiefrage bereitet uns große Kopfschmerzen, das merkt man nämlich auch in Schweden, obwohl wir eigentlich unabhängig sind von fossilen Energieträgern aller Art einschließlich russischer. Auch unsere Energiepreise sind durch für die Decke gegangen, weil wir ein integriertes Energiesystem in Europa haben, sprich wir haben jetzt in Südschweden deutsche Preise, was für viele Schweden eine Überraschung war. Aber so funktioniert der Markt. Da gibt es Verbesserungspotential im Stromnetz und im ganzen Strommarkt. Das wollen wir auch vorantreiben.

Beim Thema „fossile Brennstoffe“ geht es nicht nur darum, dass wir hoffentlich das Klima retten können, sondern es geht auch um Wettbewerbsfähigkeit. Wenn wir an der vordersten Front in der Transformation liegen, beschaffen wir uns Vorteile auf dem Weltmarkt. Aber es geht auch um unsere Sicherheit. Wenn wir nachhaltige Energien in Europa erzeugen können, dann sind wir nicht abhängig von – ich will es fast nicht sagen – Schurkenstaaten für fossile Energieträger.

Last, but not least geht es um demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit. Da haben wir leider ein paar Baustellen in Europa, die müssen wir beseitigen. Es gibt neue Instrumente dafür. Die Konditionalität, die wir für die Rettungsfonds eingeführt haben, sind anscheinend wirksam. Wir unterstützen die Kommission in der weiteren Arbeit. Wir wollen auch die Art. 7-Verfahren weiterführen und planen im Anschluss an den Rat für allgemeine Fragen im Juni ein Symposium, auch mit Akademikern, um offen zu diskutieren: Wie können wir noch besser darin werden, unsere Arbeit für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu schärfen? Es geht auch darum, dass die EU mit ihrer Kritik

anderer Staaten mit Blick auf Demokratie und Menschenrechte nur dann glaubwürdig ist, wenn unser Haus selber in Ordnung ist.

Unser Programm umfasst um die 30 Seiten, aber das werde ich heute nicht vortragen. Aber ich möchte gern darauf hinweisen, dass es im Internet eine Webseite gibt, sweden2023.eu.

Wir haben jetzt einen Monat hinter uns und können vielleicht ein paar Erfahrungen teilen. Das Erste, was so richtig passiert ist, ist traditionsgemäß der Besuch der Kommission in Schweden. Diesmal haben wir sie nicht nach Stockholm eingeladen, sondern nach Kiruna. Das liegt etwas 200 km nördlich vom Polarkreis. Um diese Jahreszeit ist es da oben sehr dunkel und auch sehr kalt. Aber die Kommission war richtig beeindruckt. Vielleicht haben Sie das mitgekriegt: Rein zufällig kam ja eine Entdeckung von Seltener Erde, 1 Million t, am gleichen Tag, als die Kommission oben war. Die Kommission war auch dabei, als wir den Weltraumbahnhof Esrange in Kiruna eingeweiht haben. Es ist strategisch extrem wichtig für die Europäische Union, einen Weltraumbahnhof auf dem Festland Europa zu haben. Jetzt, wo die russischen und vielleicht auch kasachischen Bahnhöfe weggefallen sind, ist die einzige Alternative Französisch Guyana, und es ist ja nicht gerade in der Nähe.

Für uns in der Botschaft ist jetzt eine wundervolle Gelegenheit, sämtliche Bundesländer zu besuchen. Dort wollen wir nicht nur über politische Themen und die EU-Ratspräsidentschaft sprechen, sondern auch aktiv nach neuen Partnerschaften suchen, wirtschaftlich, politisch, kulturell. Die ersten Besuche waren sehr bereichernd. Gestern waren wir bei thyssenkrupp und haben uns über das Thema „grüner Stahl“ unterhalten. Da konnte ich dann erklären, wie wir das in Schweden gelöst haben. Wir können jetzt schon fossilfreien Stahl mit grünem Wasserstoff in Nordschweden produzieren. Die Frage, warum es thyssenkrupp nicht ähnlich macht, wurde gestern beeindruckend deutlich beantwortet. In Duisburg kann man nicht einfach neue Fabriken bauen, man muss die Prozesse dort anpassen. Das war ganz deutlich.

Letzte Woche waren wir auch bei Isar Aerospace außerhalb von München. Das ist ein Unternehmen, das in Kiruna Satelliten ins Weltall schicken will.

Überall ist es uns auch ein Anliegen, junge Leute zu treffen. Gestern waren Studierende von zwei Universitäten dabei, die gern am Thema „Bergbau“ weiterarbeiten möchten, aber natürlich nur nachhaltig, das ist ja die junge Generation. Letzte Woche war spannend, da haben wir vor allem weibliche Studierende und Forscherinnen besucht, die sich mit dem Weltall beschäftigen. Ich war sehr beeindruckt, was diese neue Generation in Angriff nimmt. Ich glaube, das gibt Hoffnung für uns alle. Wie gesagt, ich könnte sehr viel weiter erzählen. Aber ich glaube, am schönsten ist es, wenn wir den Austausch haben mit Fragen und Kommentaren. Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, für die Aufmerksamkeit und freue mich jetzt auf die Fragen.

(Beifall)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank Herr Botschafter. – Gibt es Fragen und Anmerkungen vonseiten der Ausschussmitglieder? Ich habe Frau Aymaz, Frau

Plonsker, Herrn Pfeil, Frau Blask, Herrn Tritschler, in der Reihenfolge. – Frau Aymaz für die grüne Fraktion.

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Erst einmal auch in dieser Runde herzlich willkommen – nicht nur im Landtag, in diesem Haus, sondern auch jetzt zur Ausschusssitzung. Vielen Dank auch für Ihre Ausführungen, Herr Botschafter. Beeindruckend ist, dass Sie auch noch einmal sehr deutlich Ihre Bemühungen zur Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit benannt haben und gesagt haben, dass Europa erst dann weltweit glaubwürdig ist, wenn Europa selbst auch diese Rechtsstaatlichkeit umsetzen kann.

Da haben Sie meine Frage schon vorweggenommen, indem Sie selbst ausführlich dargestellt haben, was Sie da alles vorhaben. Auf die Ergebnisse des Symposiums werden wir natürlich auch gespannt blicken und gucken, was da die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch konkret empfehlen.

Daher nehme ich vielleicht eine andere Frage, die mich auch interessieren würde, und zwar die Ergebnisse einer weiteren Konferenz, nämlich der Konferenz zur Zukunft Europas. Da liegen schon einige Ergebnisse vor, die warten auf die Umsetzung. Da ist zum Beispiel die Einberufung eines EU-Konvents. Mich würde interessieren, was Sie in diesem Prozess konkret vorantreiben wollen, was da so die Planungen sind. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie darauf eingehen könnten.

Eine weitere Frage bezieht sich auf China. Wir blicken viel auf Russland. Das ist klar. Russlands Krieg in der Ukraine und die Folgen beschäftigen uns sehr massiv, aber die Frage, wie wir mit China umgehen, dürfen wir gerade jetzt nicht beiseiteschieben. Ich glaube, dass diese Frage jetzt sogar noch interessanter wird. Mich würde da auch interessieren, welche Impulse Sie für eine EU-Chinapolitik setzen möchten. Ein bisschen haben Sie es in ihren Ausführungen anklingen lassen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das noch einmal konkretisieren könnten.

Wenn Sie erlauben, Herr Vorsitzender, eine abschließende Frage dann doch noch – es sind mehr geworden –: Wir haben alle das Problem des Fachkräftemangels. Das ist für uns hier sehr spürbar, aber für Sie ja auch. Da braucht es, glaube ich, auch noch einmal eine EU-einheitliche Migrationsoffensive, die bereit ist, Europa nicht hinter Mauern zu stecken, sondern Europa auch mehr zu öffnen und attraktiv zu machen, auch für Menschen außerhalb der EU, auf die wir angewiesen sind. Welche Impulse wünschen Sie sich in diesen Fragen? – Danke.

**Romina Plonsker (CDU):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Botschafter! Vielen Dank für Ihren Bericht. Schweden übernimmt ja die EU-Ratspräsidentschaft in wirklich herausfordernder Zeit. Wir haben seit fast einem Jahr Krieg in Europa mit einer daraus folgenden Energiefragestellung oder Herausforderung, die uns hier natürlich auch in der Landespolitik sehr umtreibt. Wir werden ja auch die europäischen Prioritäten der Landesregierung gleich in einem weiteren Tagesordnungspunkt besprechen.

Daher finde ich sehr spannend, welche Prioritäten Sie in dem Trio mit Frankreich und Tschechien gesetzt haben, was das Unabhängiger-Werden von Rohstoffen angeht,

aber auch die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit. Angesichts der wachsenden Bedrohung – Frau Aymaz hat es auch gerade noch einmal angesprochen – durch autokratische Systeme wie Russland und China ist es für uns sehr wichtig, die demokratischen Werte zu verteidigen, was wir auch in Nordrhein-Westfalen nachdrücklich unterstützen.

Meine Frage bezieht sich auf den Brexit. Wie Sie wissen, ist Großbritannien der Gründungspate unseres Bundeslandes. Da würde mich noch einmal interessieren, wie Sie mit der Schwedischen Ratspräsidentschaft Großbritannien noch einmal die Hand ausstrecken wollen oder was da Ihr Vorgehen ist, dass trotz eines Brexits die Briten zumindest Europa-zugehörig bleiben.

Abschließend noch ein Statement zum Thema NATO unsererseits: Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie bald auch Teil der NATO-Familie sind.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Herr Botschafter! Ich freue mich, dass wir zum Austausch jetzt auch hier zusammenkommen. Ich bin neu in dem Ausschuss, aber komme aus einer Grenzregion, der Region Aachen. Da liegt die Grenze zu den Niederlanden und Belgien. Meine Fragen beziehen sich auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Ich möchte Ihnen drei Beispiele nennen, und meine Frage ist: Wie möchte Schweden in seiner Präsidentschaftszeit die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen direkt angrenzenden Nachbarstaaten verbessern? Das eine Beispiel: Wir haben den Kodex zur polizeilichen Zusammenarbeit. Da gibt es eine Verordnung, die vorliegt, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Polizei. Das ist in der Abstimmung, soll in den nächsten Monaten – bei der Kommission liegt es jetzt – bezüglich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bezüglich Kriminalität verabschiedet werden.

Zweites Beispiel, Katastrophenschutz: Wir hatten das Hochwasser. Das Wasser hat nicht an der Grenze Halt gemacht, sondern ist natürlich über die Grenze nach den Niederlanden und Belgien geflossen. Welche Möglichkeiten der EU-Unterstützung bei Katastrophenschutzvorsorgen sieht man insbesondere bei Hochwasser, Großschadensereignissen Wetter, aber auch Pandemie, Cybercrime, Vegetationsbrände? Das ganze Portfolio haben wir da im Katastrophenschutz.

Drittes Beispiel, Forschungszusammenarbeit über die Grenze hinweg – da spreche ich auch als Aachener und als Nordrhein-Westfale, das Einstein-Projekt hat zwei Standortmöglichkeiten. Das eine ist Sardinien, das andere Süd-Limburg. Mit Maasricht und der RWTH Aachen hätten wir eine einzigartige Möglichkeit, auch von Nordrhein-Westfalen aus einen Forschungsstandort weiterzuentwickeln im Rahmen von Gravitationsforschung. Es gibt nur diese beiden Standorte. Ich werbe immer für die grenzüberschreitende Lösung, statt Sardinien Nordrhein-Westfalen mit in den Blick zu nehmen. Da meine Bitte: Wie sehen Sie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesen drei Politikfeldern, Polizei, Katastrophenschutz, Forschung?

**Inge Blask (SPD):** Sehr geehrter Herr Botschafter! Guten Morgen auch von der SPD-Fraktion. Wir hatten heute Morgen schon die Gelegenheit, ein erstes Mal miteinander

zu sprechen. Daher möchte ich mich gerne beschränken auf die europäische Zusammenarbeit. Wie entwickelt sich die Zusammenarbeit in Europa, ein einheitliches institutionelles Vorgehen, damit Europa auch mit einer Stimme sprechen kann? Was haben Sie da für Visionen, was haben Sie für Ziele, die Sie vielleicht in diesem Jahr anstoßen und auf den Weg bringen können?

Wir wissen alle, dass es in Schweden das erste Grüne Stahlwerk gibt. Da sind wir natürlich auch neidisch. Was können wir aus Nordrhein-Westfalen von Schweden lernen, diesen Weg zu beschreiten? Was haben Sie da Besonderes getan? Da wären wir sehr interessiert.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Herr Botschafter! Jetzt sind wir alle ein bisschen in der Verlegenheit, dass wir gerade schon eine Fragerunde hatten, deswegen will ich mich nur noch auf eine Frage beschränken, und zwar: Ich weiß, dass die neue schwedische Regierung besonderen Schwerpunkt auch auf die Bekämpfung der Clankriminalität legt. Das ist auch ein Thema bei uns in Nordrhein-Westfalen. Ich weiß auch, dass es da Ansätze zur Zusammenarbeit gibt. Vielleicht können Sie uns dazu etwas erzählen. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Stefan Engfeld:** Vielen Dank. – Der Ausschussvorsitzende hat last, but not least tatsächlich auch noch eine Frage. Ich weiß, der Zettel ist schon ziemlich voll. Ich versuche, es kurz zu machen. Sie haben vorhin berichtet, Sie waren gestern bei thyssenkrupp in Duisburg, und haben gesagt, dass in Nordschweden und im Bereich Grüne Transformation fossilfreier Stahl schon produziert werden kann.

Mich würde interessieren, ob Sie uns noch einmal genau sagen können, was da in Nordschweden passiert. Vor allen Dingen haben Sie deutlich gemacht, als Sie gestern in Duisburg bei thyssenkrupp waren: Das wird noch eine Ecke dauern hier. Das ist alles nicht so einfach. Sie sind ja schon wesentlich weiter in der Grünen Transformation in der Richtung, in die wir eigentlich gehen wollen.

Da ist meine Frage: Wie sind Sie dahin gekommen, welche Weichenstellungen haben dazu geführt, dass Sie jetzt schon fossilfreien Stahl produzieren können? – Ich begrüße den Minister und Chef der Staatskanzlei, Herrn Nathanael Liminski, in unserer Runde, der dankenswerterweise gestern, glaube ich, genug Zeit hatte, Fragen zu stellen. – Herr Botschafter, the floor is yours!

**S. E. Per Anders Thöresson (Botschafter des Königreichs Schweden):** Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für diese tollen Fragen, die nicht alle einfach zu beantworten sind. Aber ich werde mein Bestes tun.

Die erste Frage bezog sich auf die Konferenz zur Zukunft Europas. Da möchte ich ganz ehrlich sagen: Das war ein Projekt, bei dem wir zu den Skeptischeren gehört haben, weil wir erfahrungsgemäß wissen: Wenn wir so große Projekte ankündigen, dann fehlt es manchmal an konkreten Maßnahmen hinterher. Jetzt haben wir die Konferenz durchgeführt. Es sind super interessante Vorschläge gekommen. Wir sind jetzt in der Lage, dass wir auf einen Bericht der Kommission warten müssen, was konkret

vorgeschlagen wird. Wir stehen in Kontakt mit der Kommission, aber wahrscheinlich kommt er erst im Mai – sprich, da bleibt nicht viel Zeit übrig für uns, etwas Konkretes zu machen, aber wir wollen den Prozess weiterführen und sind jetzt schon in Kontakt mit unseren spanischen Freunden, denn die werden dann wahrscheinlich diese Dossiers erben. Unsere Einstellung ist: Wenn wir schon etwas machen oder Versprechungen abgeben, dann müssen wir auch etwas liefern.

Die Frage zu China ist natürlich super relevant. Da gibt es ein paar Aspekte, die man gleichzeitig im Kopf haben muss. Erstens gibt es die konkreten Bestrebungen, Taiwan wieder einzugliedern. Darum muss man sich überlegen: Guckt Präsident Xi vielleicht, was gerade in der Ukraine passiert und wenn ja, welche Lehren zieht er daraus? Da ist auch für diesen potenziellen Konflikt enorm wichtig, dass wir weiterhin einig stehen, dass wir die Ukraine weiterhin stark unterstützen, aber auch, dass wir weiterhin mit starken Sanktionen antworten. Ich glaube, da wird Präsident Xi genau hinschauen.

China ist als Handelspartner enorm wichtig für Europa. Ich glaube, die Abhängigkeit von der Energie Russlands hat uns auch gelehrt, dass wir vielleicht ein bisschen zu abhängig sind von den Chinesen. Wir haben zum Beispiel HUAWEI in unseren Netzen in Schweden verboten. Wir sehen, dass die Chinesen gern Technologien übernehmen, da wollen wir ein bisschen strikter sein. Aber wir wollen keine Entkopplung. Wir müssen resilienter werden in Europa, damit wir kritische Produktionen auch in Europa haben können. Aber eine Abkopplung wollen wir nicht.

Und vor allem sagt unsere Erfahrung – wir hatten Probleme mit den Chinesen, die Norweger hatten Probleme, die Litauer hatten Probleme –, da muss Europa gemeinsam vorgehen: Wir brauchen eine Europäische China-Strategie. Viele Länder haben eigene Strategien. Deutschland wird demnächst auch eine Strategie haben. Aber eigentlich brauchen wir eine gesamteuropäische Strategie. Nur so sind wir stark. Und nur so sind wir glaubwürdig. Sogar Deutschland ist klein im Vergleich zu China.

Fachkräftemangel, das haben wir während unseres Besuchs überall gehört: Das ist das größte Thema. Ich habe angedeutet, wir müssen die besten Kräfte anlocken können nach Europa. Da ist auch grenzüberschreitende Arbeit wichtig. In Schweden haben wir gemerkt, wir haben eigentlich liberale Gesetze. Wer eine Stelle bekommt oder von einem Unternehmen gezielt rekrutiert wird, kann sich dann um ein Visum kümmern. Leider betragen die Wartezeiten inzwischen bis zu einem halben Jahr. Es wird natürlich so sein, dass die besten Kräfte – sie werden sich sicherlich nicht nur in Schweden bewerben, sondern auch in Deutschland, Kanada in den USA – natürlich die erste mögliche Chance ergreifen. Wir wollen das jetzt ändern, indem wir gezielt und schnell die besten Kräfte anlocken. Aber es ist keine gute Lösung, wenn sich europäische Partner gegenseitig bekämpfen, um die besten Kräfte zu bekommen. Deswegen stimme ich mit Ihnen überein: Da sollten wir eine gesamteuropäische Strategie verfolgen.

Leider wissen wir, dass alle Migrationsfragen in Europa sehr schwierig sind. Wir haben versprochen, dass wir einen Migrations- und einen Asylpakt bis vor den Wahlen 2024 haben möchten. Aber die Aussichten, dass wir während der sechs Monate EU-Ratspräsidentschaft wirklich zu einer Einigung kommen, sind minimal. Deswegen machen wir wie die Franzosen schrittweise Verhandlungen. Letzte Woche war ein informelles

Treffen von Migrationsministern. Da ging es um Außengrenzen und auch Rückführungen, denn wir wollen Leute rein locken, aber die richtigen Leute. Das heißt, dass diejenigen, die keinen Asyl- oder Flüchtlingsstatus haben und einfach aus wirtschaftlichen Gründen kommen, dann auch schneller zurückgeführt werden müssen – aber ein sehr schwieriges Dossier. Wir drücken die Daumen, dass es nach vorne geht.

Frau Plonsker, der Brexit ist eine der dümmsten Entscheidungen in den letzten zehn Jahren gewesen. Diese ganzen Vorteile für die Briten sind gar nicht gekommen, im Gegenteil: Die wirtschaftliche Lage ist schlecht, der Fachkräftemangel ist enorm. Die Preise explodieren. Wir spüren jetzt unter Rishi Sunak eine etwas mildere Einstellung. Es scheint den Briten jetzt aufzugehen, dass diese totale Entkopplung nicht gut war und dass wir zum Beispiel in der Sicherheitspolitik zusammenarbeiten müssen. Für uns als Schweden waren die Briten immer ein sehr wichtiger Partner. Wir haben eine tiefgreifende Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik, auch bei Verteidigungsgütern und hoffen jetzt, dass die Briten etwas weicher werden und dass die EU dann entgegenkommen kann. Das wollen wir als EU-Ratspräsidentschaft versuchen. Wie gesagt, auch da drücken wir die Daumen.

Dr. Pfeil, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit: Vielleicht sollte ich zuerst über die Erfahrungen berichten, die wir als nordische Länder haben. Das könnte nämlich als Beispiel dienen für Europa. Da gibt es seit den 50er-Jahren eine Passunion. Jeder darf ohne Pass die anderen nordischen Länder besuchen. Die Polizei kann weiter Diebe verfolgen in den Ländern. Beim Thema „Rettung“ arbeiten wir sowieso eng zusammen, auch in der Forschung. Das ist eine tiefgreifende Arbeit mit Tradition seit den 50er-Jahren mit dem Nordischen Ministerrat, die immer weiter vorangeht und mehr Integration möchte. Auf EU-Ebene, finde ich, sind wir auf einem guten Weg.

Leider haben wir in den letzten 4, 5 Jahren viele Katastrophen erlebt. Das sind die Überflutungen, aber auch schwere Waldbrände sogar in Schweden. Das war ein unbekanntes Phänomen bis 2018. Da hat es flexibel, unkompliziert und unbürokratisch funktioniert. Und genauso müssen wir weiterarbeiten. Wir bauen jetzt Kapazitäten auf. Für Rettungsmaterial hat Finnland jetzt ein Lager in Angriff genommen. Genauso müssen wir das weiterführen. In der polizeilichen Arbeit gibt es eine relativ gute Zusammenarbeit mit Europol. Schweden hat diese ein bisschen merkwürdige Position, dass wir – es geht um die Europäische Staatsanwaltschaft – zunächst nicht dabei waren, weil unsere Staatsanwälte skeptisch waren. Das haben wir jetzt geändert. Wir sind dabei, und wir wollen diese Arbeit gemeinsam vorantreiben.

Wie ich anfangs gesagt habe: Bei Forschung, Entwicklung, Innovationen müssen wir zusammenarbeiten. Wir kennen wettbewerbsbeschränkende Gesetze. Das Beispiel Siemens-Alstom ist in Deutschland sehr bekannt. Vor einigen Jahren wollten Scania und Volvo zusammen gehen. Aber für den schwedischen Markt war das zu dominant. Es ist klar: Das sind beide weltführende Marken, aber im internationalen Vergleich natürlich nicht. Also das wär so ein Champion, den wir verloren haben.

Wir sind im Allgemeinen relativ skeptisch, dass der Staat sich zu sehr einmischt. Wir unterstützen, wenn Universitäten, Forschungsinstitutionen zusammenkommen. Und gerade in Ihrer Stadt gibt es diese tolle Zusammenarbeit zwischen Ericsson und Fraunhofer IPT im Eurolab, 5G. Das ist mit 700 Forschern die größte Forschungsanlage in

Europa. Und genauso sollten wir das richten, also nichtstaatliche Akteure ermuntern und, wenn es notwendig ist, dann auch helfen.

Dann kommen wir zu Frau Blask – die europäische Zusammenarbeit und eine Stimme: Das ist wirklich die große Frage für die Zukunft Europas. Wenn wir jetzt schon bei 27 Mitgliedern nicht mit einer Stimme reden können: Wie soll das dann gehen mit vielleicht 35, also den westlichen Balkanländern, der Ukraine, Georgien, Moldawien? Da, glaube ich, hat der Kanzler richtig gesagt: Ja, wir wollen die Erweiterung, aber wir müssen uns dann auch selber reformieren. Ich habe das persönlich in New York erlebt. Bevor ich nach Berlin kam, war ich in der Schwedischen UNO-Mission. Wir hatten ganz schwierige Verhandlungen.

Sobald eine kritische Frage kam – wollen wir dieses Land kritisieren, Menschenrechtsverletzungen im Nahostkonflikt? –, waren immer ein oder zwei Länder dagegen. Es ging auch um Geschlechtergleichheit usw.. Das macht uns total unglaublich. Das geht nicht. Wir wollen eine geopolitische Kommission, genau wie Ursula von der Leyen es am Anfang gesagt hat. Aber dann müssen wir uns reformieren. Das geht so nicht weiter. Ich weiß nicht, ob das als Antwort reicht.

Zu Herrn Tritschler mit der Clankriminalität: Das ist eine relative neue Erfahrung in Schweden. In den letzten Jahren ist die Entwicklung erschreckend gewesen. Es geht da um Drogenhandel vor allem, aber auch zum Teil Menschenhandel und Kriminalität im Allgemeinen. Was wir in den Zeitungen lesen können, ist, dass es auf offener Straße zu Tötungsdelikten kommt, wo Bandenmitglieder sich gegenseitig erschießen. Wir hatten 60 solcher Fälle im letzten Jahr, also von quasi 0 vor 10 Jahren auf 60. Das ist im internationalen, im europäischen Vergleich sehr hoch. Das war eine große Frage letztes Jahr vor den Wahlen.

Da hat die Regierung angekündigt: Jetzt wollen wir die dänischen Erfahrungen erkundigen. In Dänemark gibt es zum Beispiel Visitationszonen. Es gibt doppelte Strafen für Bandenkriminalität. Wenn ein Mord von einem Bandenmitglied begangen wird, dann soll die doppelte Strafe kommen. Das sind jetzt alles Überlegungen und Diskussionen, aber irgendetwas muss getan werden. Natürlich kann man nicht nur durch härtere Strafen und strengere Maßnahmen so eine Frage lösen. Man muss auch von unten arbeiten.

Es geht da vor allem um junge Männer, die in Vorstädten von Großstädten leben, wo sie keine Zukunft sehen. Sie sind schlecht integriert, haben schlechte Schulnoten. Dann kommt so ein toller Typ mit Tätowierungen und sagt: Du, hier hast du 500 Kronen, musst nur das Päckchen an diese Adresse liefern. Und das fängt schon mit 12, 13 Jahren an. Da bekommen diese eine Zugehörigkeit, und sie bekommen einen Status, und sie bekommen Geld. Wenn die Alternative nicht da ist, dann werden wir diese Rekrutierungen nicht stoppen können. Man muss von beiden Seiten arbeiten, aber to be continued.

Herr Vorsitzender, zum fossilfreien Stahl, was können wir lernen? Vielleicht deute ich die Frage etwas breiter. Wie arbeitet Schweden mit der grünen Umstellung? Und es gibt vieles, die Regierung hat dazu beigetragen. Wir haben ein Klimagesetz, sprich nach einer Wahl kann die Regierung nicht einfach unsere Ziele verändern, sondern

das ist fest verankert. Diese neue Regierung hat ein paar Baustellen, hat zum Beispiel mehr Subventionen für Benzin versprochen. Das geht eigentlich in die falsche Richtung, aber das war ein Wahlversprechen. Was vor allem in Schweden so ausgeprägt ist, ist, dass die Wirtschaft, dass die Unternehmen wollen, dass die Regierung entsprechende Gesetze erlässt, die langfristig sein müssen, damit es ein Ziel gibt, wonach sie arbeiten können.

Das Spannendste ist eine Initiative von der Industrie, von der Regierung unterstützt, die heißt „fossilfreies Schweden“. Da haben sich Verbände, Unternehmen in allen Branchen zusammengesetzt, um zu diskutieren: Was können wir tun, was müssen wir tun, um die Emissionen in unserer Branche bis 2030 um 70 % zu reduzieren? Das ist weit höher als das EU-Ziel und sogar höher als die schwedischen nationalen Ziele. Diese Diskussion hat jetzt dazu geführt, dass es 24 konkrete Fahrpläne gibt, zum Beispiel für den Schwertransport, in denen genau steht, wann was passieren muss, damit wir diese ambitionierten Ziele erreichen können.

Was wir auch gemerkt haben: Das sind ja riesen Investitionen. Bei einer Batteriefabrik wie in Skellefteå von Northvolt geht es um Milliarden von Euro. Da ist es aber nicht schwierig, das Geld zu finden, weil die Rentenkassen zum Beispiel nachhaltig investieren wollen. Das gilt für diese schwedischen Unternehmen. Es gibt ja dieses HYBRIT-Projekt, wo jetzt die Produktion schon stattfindet in Lulea und in Kiruna. Da ist Vattenfall dabei, da sind der Stahlhersteller SSAB und LKAB dabei. Mit grünem Wasserstoff kann man jetzt schon Stahl produzieren. Bis 2026 soll eine große Mehrheit des Stahls fossilfrei sein.

Aber die spannendste Initiative ist eine ganz neue ein Start-Up, die nennt sich H2Steel. Die wollen in Nordschweden jetzt ein Stahlwerk von null auf Produktion aufbauen und wollen bis 2025, 2026 fertig sein. Auch die haben massive Investitionen erhalten, und sie haben schon Verträge geschrieben. Ich weiß nicht, ob es ein Geschäftsgeheimnis ist. Zum Beispiel hat Mercedes-Benz dort schon fossilfreien Stahl bestellt. So muss man, kann man das angehen, um vor allem diese Initiative „fossilfreie Produktion“ in allen Branchen voranzutreiben. Ich glaube, das würde auch für Deutschland passen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank, Herr Botschafter, für die ausführlichen Antworten. Ich habe noch eine Wortmeldung vom Kollegen Dr. Bergmann aus der CDU-Fraktion, die will ich eben noch mit dazunehmen. Dann müssen wir mit Blick auf die Uhr bei dem Tagesordnungspunkt auch zum Ende kommen.

**Dr. Günther Bergmann (CDU):** Ich wohne in einem der größten NATO-Standorte Europas. Ich habe gestern in einer anderen Angelegenheit mit dem norwegischen Obristen gesprochen, der sich doch sehr darüber freuen würde, wenn schwedische und finnische Generäle demnächst auch diesem Stab angehören, der die Hälfte des Luftraums, unter anderem den schwedischen, zurzeit schon überwacht. Auch der Weltraum wird von dort aus auch überwacht.

Deswegen wäre ich sehr daran interessiert, wenn Sie eine Inneneinsicht über die derzeitige Diskussion in Bezug auf den NATO-Beitritt von Schweden, Finnland geben würden, wie das aus Ihrer Sicht, mit welchen Realitätschancen, welchen Zeitschienen

versehen, stattfinden kann, nicht nur vor dem Hintergrund des Ukraine Konflikts, aber auch natürlich, weil das in Schweden schon sehr wichtig ist, diesen Schritt zu gehen.

**S. E. Per Anders Thöresson (Botschafter des Königreichs Schweden):** Vielen Dank, Herr Dr. Bergmann. Das ist die schwedische Zeitenwende – würde ich sagen –, der schnelle Weg von Bündnisfreiheit zur NATO-Mitgliedschaft. Das hatte ich nicht erwartet mit über 30 Jahren in diesem Beruf. Derzeit ist es eine schwierige Lage, weder Ungarn noch die Türkei haben ratifiziert. Wir erwarten von den Ungarn wieder mal, dass sie Mitte März dazu kommen. Die hatten schon versprochen, im Dezember, dann im Februar, jetzt heißt es März. Wir hoffen sehr darauf.

Mit der Türkei ist es schwieriger. Da haben wir kein Datum. Die Regierung hat auch unser Gesuch ans Parlament noch nicht weitergeleitet. Wenn die Wahlen Mitte Mai stattfinden, dann wird sich das Parlament höchstwahrscheinlich irgendwann im März auflösen. Sprich: Bis dahin gibt es ein Fenster. Wir hoffen, aber wir gehen nicht davon aus, dass wir bis dahin fertig sind. Dann haben wir Wahlen, und im Juli ist dann der Gipfel in Vilnius. Und da ist unsere Hoffnung, dass die meisten NATO-Mitgliedsstaaten einschließlich die ganz Großen wie die USA, Deutschland, Frankreich und UK gerne eine Lösung hätten. Es wäre doch ein Signal, wenn wir bis dahin fertig sind.

Wenn das nicht passiert, ist das auch ein Signal, vor allem an Vladimir Putin. Ich glaube, das wollen wir alle nicht. Es gab ein paar Signale aus Finnland, dass sie vielleicht alleine vorangehen möchten. Aber gestern war die finnische Ministerpräsidentin in Stockholm und hat klipp und klar gesagt: Wir haben gemeinsam diese Gesuche gestellt, und wir wollen gemeinsam Mitglieder werden.

Und wir können noch so viel tun, um Erdogan irgendwie zufriedenzustellen, das, glaube ich, wird keine Rolle spielen. Er will etwas ganz anderes, und er nutzt diese Ratifizierung als Spielkarte. Wahrscheinlich will er von den Amerikanern irgendetwas und vielleicht auch von den anderen Staaten. Wir hoffen jetzt, dass es zu einer Lösung kommt und dass unsere zukünftigen Bündnispartner dazu beitragen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld:** Vielen Dank, Herr Botschafter! Wir sind am Ende des Tagesordnungspunktes. Vielen Dank für den Besuch hier im Landtag in Nordrhein-Westfalen. Vielen Dank für den Austausch hier im Ausschuss. Ich wünsche Ihnen und Ihrem Land noch viel Erfolg in diesen wirklich herausfordernden Zeiten während der Präsidentschaft. Es hat uns sehr gefreut, Frau Honorarkonsul, dass Sie hier mit dabei waren. Keep in touch, würde ich mal sagen. Sie sind gerne eingeladen, noch weiter den Beratungen des Ausschusses beizuwohnen. Wir haben aber vollstes Verständnis, wenn Sie auch weiterziehen und sich verabschieden. – Vielen Dank für Ihren Besuch hier.

**2 Missbrauch der EU-Freizügigkeit wirksam bekämpfen – Landesförderung für die Clearingstellen einstellen**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/983

Stellungnahme 18/271

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Antrags an den Integrationsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Europa und Internationales am 28.09.2022)*

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** gibt an, der federführende Integrationsausschuss habe mitgeteilt, dass eine Präsenzhörung, wie ursprünglich angedacht, nicht durchgeführt werde und er beabsichtige, am 15. März 2023 den Antrag abschließend zu beraten. Außerdem habe der federführende Ausschuss mitgeteilt, dass inzwischen noch eine Stellungnahme 18/271 zu dem Antrag eingegangen sei. Sofern der Ausschuss votieren wolle, sollte er heute abschließend beraten, damit das Votum noch rechtzeitig den federführenden Ausschuss erreiche.

**Sven Werner Tritschler (AfD)** schlägt vor, kein Votum zu dem Antrag abzugeben.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** hält fest, die anderen Ausschussmitglieder wollten aber votieren.

**Sven Werner Tritschler (AfD)** möchte sich dann doch noch einmal zu Wort melden. In Anbetracht massiv steigender Kassenbeiträge und eines Gesundheitswesens, das in den letzten Jahren gezeigt habe, dass es am Rande seiner Leistungsfähigkeit operiere, sei es notwendig, vermeidbare Kosten auch zu vermeiden. Vor dem Hintergrund sei es schwer nachvollziehbar, dass das Land Einrichtungen unterstütze, um Personen genau in diesem Gesundheitswesen unterzubringen, auf Kosten dieses Gesundheitswesens zu versorgen, die nach europäischem oder EU-Recht darauf keinen Anspruch hätten.

Die EU-Freizügigkeit – das sei auch in der Debatte von der Kollegin Seli-Zacharias klargemacht worden – beziehe sich ausdrücklich auf Arbeitnehmer und nicht auf Sozialleistungsempfänger. Er bitte um Zustimmung zu dem Antrag.

**Inge Blask (SPD)** stellt heraus, da die SPD-Fraktion der Auffassung sei, dass alle Menschen einen Anspruch auf Krankenversorgung und ärztliche Versorgung hätten, stimme ihre Fraktion diesem Antrag nicht zu.

**Romina Plonsker (CDU)** betont, die CDU-Fraktion teile die Auffassung der AfD in Bezug auf die Bewertung der Clearingstellen nicht. Sie halte es auch für richtig und wichtig, dass eine ausreichende Gesundheitsversorgung da sei und der präventive Ansatz zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung mittelfristig zur Beschäftigungsfähigkeit beitrage. Deshalb lehne ihre Fraktion den Antrag ab.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** schließt sich der Auffassung der beiden Vorrednerinnen an. Auch seine Fraktion betrachte den Antrag, so wie er von der AfD gestellt werde, als nicht zielführend. Das Ziel, das verfolgt werde, den Missbrauch von Freizügigkeit durch Verletzung der Freizügigkeitsrichtlinie durch Zuhilfenahme der Clearingstellen festzustellen, sei so vom Richtliniengeber nicht gewollt. Von daher lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 18/983, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

**3 Grenzpendler: Homeoffice zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und Niederlande muss auch weiterhin möglich sein!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1865

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2802

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 9. Dezember 2022)*

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** gibt an, inzwischen liege ein Änderungsantrag von Seiten der FDP-Fraktion Drucksache 18/2802 vor.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** unterstreicht, das Thema „grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ oder auch „Grenzpendler“, was mit dazugehöre, sei gerade für die Grenzregionen sehr wichtig. Es habe in der ursprünglichen Vorlage einen Fehler mit dem Datum gegeben. Tatsächlich laufe die Homeoffice-Möglichkeit bis zum Sommer. Gleichzeitig – darauf weise auch die Antwort der Landesregierung hin – gebe es nicht nur dieses Problem, sondern auch das Steuerproblem, das in dem Zusammenhang eine Rolle spiele. Das sei genauso wichtig für Grenzpendler.

Seine Fraktion würde gerne eine schriftliche Anhörung zu dem Antrag durchführen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** bittet die Obleute, sich im Nachgang zu der Sitzung kurz darauf zu verständigen, wie viele angeschrieben werden sollten, wie die Fristen aussehen sollten.

Der Ausschuss beschließt, eine schriftliche Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

**4 Homeoffice: Neue Regeln zur Sozialversicherung für Grenzpendler nach Österreich** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/780

**Romina Plonsker (CDU)** bedankt sich für den Bericht und die Klarstellungen. Der Bericht zeige, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Probleme, die aufgrund unterschiedlicher Regelungen da seien, erkannt habe und aktiv geworden sei.

Vor dem Hintergrund stelle sich die Frage, ob die FDP-Fraktion an ihrem Antrag festhalte. Sie glaube, das Problem sei größer und grundlegender. Alle seien sich einig – das lese sie aus dem Bericht heraus –, dass man pragmatische und einfache Lösungen für die vielen Grenzpendler finden müsse. Es gehe auch um das Thema Arbeitsverträge. Das Problem sei noch umfassender. Sie sei sich sicher, dass man angesichts der engen Beziehungen zu den Nachbarn – das habe die Landesregierung in den Regierungskonsultationen schon gezeigt – Lösungen hinbekomme. Der Bericht mache deutlich, dass der Ball da vor allen Dingen in Berlin liege.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD)** hält fest, am Ende des Berichtes werde von der „pragmatischen Lösung“ gesprochen. Sie interessiere, ob der Minister Vorstellungen habe, wie diese pragmatische Lösung aussehen könnte, und in welchem Rahmen sich aktuell die Gespräche bewegen würden. Da sei der Minister sicher im laufenden Austausch. Sie wüsste gerne, wie da der Stand der Dinge sei.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** führt aus, bereits die letzte Landesregierung, auch die Landesregierung davor hätten das Thema „grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ und die Problematik der „Grenzpendler“ erkannt. Er verweise auf die GrenzInfoPunkte, die es schon seit Jahren zur Information der Grenzpendler gebe, wie die jeweilige Situation vor Ort sei, in Aachen z. B. ganz unterschiedlich in Bezug zu den Niederlanden oder zu Belgien.

Tatsächlich liege das Problem zum größten Teil in Berlin. Werbung zu machen und auf die Problematik noch einmal hinzuweisen, schade nicht, so wie man das mit diesem Antrag begehre, zumal sich in der letzten Legislaturperiode in diesem Bereich sehr wenig getan habe.

Das Doppelbesteuerungsabkommen mit Belgien sei ganz anders aufgebaut als mit den Niederlanden. Die Probleme, die den jeweiligen Personen, die grenzüberschreitend arbeiteten, dadurch entstünden, seien bekannt. Auch sei das ein lukrativer Markt für Steuerberater, die sich auf diesen Bereich spezialisiert hätten.

Warum das so kompliziert sein müsse, könne einem niemand erklären, wenn man Europa ernst meine. Dass die Pendler, die jeden Tag von Holland nach Belgien oder von Belgien nach Deutschland oder von Deutschland nach Holland und Belgien führen, auf solche Schwierigkeiten stoßen würden, liege daran, Steuerhoheit sei keine EU-Hoheit. Das könne man nicht vereinheitlichen. Es liege bei den jeweiligen Bundesstaaten, hier der Bundesregierung. Der Antrag sei sehr gut und sollte unterstützt werden.

**Dr. Günther Bergmann (CDU)** führt aus, abgesehen davon, dass der Gesprächspartner gerade von Dr. Pfeil selber identifiziert worden sei, nämlich der Finanzminister, springe die FDP an der Stelle viel zu kurz. Es sei ein sehr breites Thema. Der Kreis Kleve sei dem Aachener Bereich weit voraus, weil man bereits grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch im Bereich der Sicherheit, der Polizei, der Rettungsfahrzeuge habe. Das wolle er jetzt nicht näher vertiefen.

In Kreis Kleve gebe es ungefähr 6.000 Pendler, die nach Nijmegen, Arnheim usw. führen. Sie gingen alle über die EUREGIO-Grenzpunkte.

Nicht geändert werden könne die arbeitsrechtlichen Situationen. Er frage, wo die Lösungsansätze gewesen seien, als es darum gegangen sei, die Rentenanteile der Witwen und Witwer von Leuten, die in Holland gearbeitet hätten, einer Bundesregelung zuzuführen. Das stehe alles nicht in dem Antrag. Er finde das Thema immer gut, immer spannend, immer wichtig, finde es aber schade, wenn man immer nur Segmente davon nehme, wobei durch die Restriktion des Wordinges ein gewisses Informationsdefizit deutlich werde. Er hielte es für gut, wenn sich der Ausschuss mit der gesamten Thematik einmal auseinandersetzen würde.

Allerdings habe er sich gefragt, wo die nordrhein-westfälisch-österreichischen Grenzschnittpunkte seien. Er habe es allerdings im Gesamtzusammenhang interessant gefunden, darüber zu lesen. Es sei wichtig, das in der Gänze und nicht nur in Segmenten zu diskutieren. Das Thema sei wichtig, deutlich ausbaufähig. Er fände es schön, wenn man sich mit einem breiteren Ansatz in die richtige Richtung bewegen würde. Das sei bei dem Antrag noch nicht gegeben. Es sei einfach ein Ideenanschupser.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** gibt Dr. Bergmann recht. Beide würden das ITEM in Maastricht kennen. Das habe eine Rechtsfolgenabschätzung über die Pendler und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Pendler schon vor Jahren gefertigt. Da stehe alles drin. Da stehe drin, welche Rechtsfolgen die jeweiligen Länder durch ihre Doppelbesteuerungsabkommen, aber auch durch Richtlinien, Verordnungen in diesem Zusammenhang hätten.

Sehr gerne – da gehe auch die Unterrichtung der Landesregierung hin – könne man das ganze Portfolio von ITEM – Martin Unfried sei Direktor in Maastricht für diese Grenzfolgenabschätzung – mit hinzuziehen und das Ganze größer aufzuziehen.

Sehr gerne könne man sich damit auch an den Bund richten – so wie im Übrigen in der letzten Legislaturperiode, da habe man das auch schon gemacht – in der Hoffnung, dass sich da was ändere. Aber es seien auch Hausaufgaben auf Landesebene in diesem Bereich zu tätigen.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** meint, das Problem sei hinreichend beschrieben. Nun habe man es in der Tat mit zwei Baustellen zu tun. Das sei auch Gegenstand der Debatte zu dem Antrag, der vorher im Plenum gewesen sei.

Was den Bezug zu Österreich angehe, so sage er mit einem Schmunzeln, man nehme jeden Zugang zum Meer, den man aus Nordrhein-Westfalen heraus finden könne. Auch hier habe man sich alle Mühe gegeben, auf diese Anfrage zu antworten.

Nun habe man es mit zwei Baustellen zu tun, einmal der steuerrechtlichen und dann der sozialversicherungspflichtigen. Und daher habe man es auch mit zwei Ansprechpartnern in der Bundesregierung zu tun, nicht nur mit dem Bundesfinanzminister, der sei beim Steuerrecht einschlägig. Beim Thema Sozialversicherungspflicht sei es der Bundesarbeitsminister. Beide seien angesprochen worden.

Zum Thema „Steuerrecht“ hätten Minister Optendrenk und er bereits im Plenum gesagt, dass sie sich an den Finanzminister gewandt hätten. Er habe das persönliche Gespräch mit ihm gesucht und habe eine große Offenheit erlebt, die sich auch in seiner Antwort niedergeschlagen habe. Es sei eine sehr ausführliche, sachliche Antwort, die auch konkrete Hinweise zum Vorgehen gebe, wie man da zu einer Lösung komme.

Man habe das Bestreben zum Anlass genommen, seitens des Bundes auch auf Belgien und die Niederlande zuzugehen. Bisher habe sich nur Luxemburg an die Bundesregierung selber gewandt. Jetzt sei man dabei, in den entsprechenden Arbeitsstrukturen Lösungen für die steuerrechtliche Problematik zu finden. Die sei auch dringender. Da sei die Frist nicht so wie bei der Sozialversicherungspflicht erst im Sommer. Insofern liege ihm viel daran, dieses Thema mit Hochdruck einer Lösung zuzuführen.

Beim Thema „Sozialversicherungspflicht“ sei es so, dass das Arbeitsministerium bei den Kollegen in Berlin im Hause von Herrn Heil nachgefragt habe, ob man eine Lösung analog zu Österreich auch für Belgien und den Niederlanden finden könnte. Natürlich wäre an der Stelle eine europäische Lösung wünschenswert. Alle wüssten, was es bedeute, eine solche Verordnung anzufassen. Das sei auch gemeint mit der pragmatischen Lösung am Ende des Berichtes, dass man glaube, am Ende sei eine Lösung mit den Niederlanden und Belgien als bilaterales Abkommen eher der realistischere Weg. Das sei noch nicht final seitens des Bundes entschieden.

Er habe den Eindruck, dass es da keinen Unterschied in der Einschätzung zwischen NRW und der Bundesregierung gebe, sodass man auch an der Stelle versuchen werde, das zu forcieren.

Jetzt sei es so, dass man selber eigene Regierungskonstellationen im letzten Herbst, im Oktober, November jeweils mit den Niederlanden und Belgien gemacht habe. Die Bundesregierung werde sich in Kürze auch mit den Partnern treffen. Die Landesregierung sei bestrebt, dafür zu sorgen, dass das Thema auch auf der Tagesordnung stehe, damit man da weiterkomme. Er sei da guter Dinge und erkenne nicht, dass es eine unterschiedliche Einschätzung gebe. Jetzt sei es nur eine Frage des Tempos, um es tatsächlich zu einer Lösung zu bringen.

Das Thema drücke. Bei seinem Austausch mit den Euregios im Dezember sei das eines der großen Themen gewesen. Er habe das Anfang November, als er die niederländische Kollegin in Brüggen getroffen habe, noch einmal erörtert. Die Ministerin habe das auch als einer der vordringenden Dinge angesehen. Es wäre unmöglich, wenn man nach Corona neue Hindernisse schaffen würde, die ein grenzüberschreitendes Leben und Arbeiten eher erschweren als erleichtern würden. Das sei auch die allgemeine Auffassung.

**5 Hilfe für die Ukraine und Perspektiven für die Regionalpartnerschaft mit Dnipropetrowsk: Welche Unterstützung leistet die Landesregierung?** *(Bericht beantragt von der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/779

**Berivan Aymaz (GRÜNE)** bedankt sich für die ausführliche Beantwortung und den Bericht, der verdeutlichte, wie vielfältig das Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Ukraine sei. Sie glaube, mit Blick auf den 24. Februar müsse man anerkennen, dass dieser Krieg seit einem Jahr andauere und voraussichtlich noch eine Weile dauern werde und sich die Hilfen auf nachhaltige Hilfen fokussieren müssten. Da sei der Aufbau einer Partnerschaft, die nachhaltig sei, über diesen Krieg hinaus ganz besonders wertvoll.

Angesichts der dramatischen Lage sei es beruhigend zu sehen, wie vielfältig man helfen könne, wie gut es sei, dass man gut aufgestellte Zivilorganisationen habe wie das Blau-Gelbe Kreuz in Köln, das eine gute Brücke darstelle, und dass man die Zusammenarbeit mit NGOs weiter vorantreibe.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD)** gibt an, das Thema „Städtepartnerschaften“ sei seit vielen Jahrzehnten bekannt. Die Städtepartnerschaften seien nach dem Zweiten Weltkrieg intensiv und sehr engagiert aufgebaut worden. Aus diesen Erfahrungen wisse man, dass die Städtepartnerschaften häufig nur dadurch zustande kämen, weil persönliche Beziehungen bestünden. Dadurch sei es auch oft so, dass sich die Partnerschaften nicht unbedingt auf die Regionen konzentrierten, mit der das Bundesland die Partnerschaft pflege. Das könne man in Frankreich sehen, das könne man in England sehen. Die Städte hätten sich in der Vergangenheit die Partner gesucht, mit denen sie, auch dem Zufall geschuldet, durch persönliche Freundschaften verbunden seien.

Sie frage, ob die Landesregierung aktiv auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zugehe – viele seien unterwegs, die das gerne machen wollten – und dafür werbe, dass man in der Region, die Nordrhein-Westfalen als Partnerregionen anstrebe, nämlich Dnipropetrowsk, versuche, die Städtepartnerschaften aufzubauen, was hilfreich wäre. Wenn das bei anderen Bundesländern ähnlich funktionieren würde, dann wäre das auch sehr viel enger, wenn man das, angefangen von der Kommune über das Land, verstärken könnte. Sie frage, ob das Land aktiv in die Kommunen wirke und darauf hinweise. Das sei ja nicht zwingend, auch hier werde es wieder persönliche Beziehungen geben zwischen Menschen in Nordrhein-Westfalen und Menschen in der Ukraine. Die würden sich nicht unbedingt vorschreiben lassen, wie sie Freundschaften aufbauen würden. Aber wenn man den Hinweis gebe, vielleicht wirke das ein wenig.

**Dr. Günther Bergmann (CDU)** greift den Gedanken von Frau Müller-Witt auf. Das sei ein Phänomen, das man in Nordrhein-Westfalen kenne, die Regionalverbindungen

etwa zu Schlesien. Er selber komme aus einer alten Hansestadt, die man im Bereich von Schlesien selten finde. Dementsprechend habe man eine genommen aus dem alten Pommerschen Bereich, am Stettiner Haff. Diese Partnerschaft sei aufgrund persönlicher Beziehungen entstanden. Das werde man nicht ändern. Der Hinweis sei aber legitim, an die nordrhein-westfälischen Städte ein Zeichen zu setzen. Da sich die Partnerschaften oft nicht aus kommunalen Beziehungen, sondern aus persönlichen Verbindungen der Vereine, Schulpartnerschaften entwickelten, werde das einen guten Hintergrund haben, aber nicht überall einen erfolgreichen.

Der Bericht der Landesregierung sei beeindruckend. Das habe die Kollegin Aymaz gerade schon gesagt. Es sei ein gutes Zeichen, dass sich das auch verstetige. Es werde jetzt nicht nach einem Jahr damit Schluss sein können. Er befürchte, dass man da einen Marathon vor sich habe.

Der Sprint habe aus Putins Sicht schon nicht geklappt, Gott sei Dank! Beim Marathon sei die Frage, ob das ein Halbmarathon oder eine Vollmarathon sei, er befürchte Letzteres. Das heiÙe, da dürfe einem auch nicht die Luft ausgehen. Deswegen sei die Koordination seitens der Landesregierung an dieser Stelle sehr gut, sehr richtig und sehr erfolgreich.

Vor zwei Tagen habe die Parlamentariergruppe NRW-Polen, Ukraine, Mittel- und Osteuropa, Baltikum getagt. Die Ukraine wisse um diese Unterstützung, sei sehr dankbar und wisse es auch in diesem Zusammenhang sehr zu schätzen, dass man sich eine Region herausgesucht haben, Dnipro, die in der Struktur ähnlich wie NRW sei, dann vielleicht auch eine Unterstützung auf Strecke bekomme. Das sei das, was man zum Beispiel in Lemberg mit dem LEG-Büro gemacht habe, das dort eingerichtet worden sei. Die Städtepartnerschaft habe bei der Sanierung der Gebäude der alten K.u.K.-Stadt geholfen. Davon habe man einen Profit gehabt.

Diese Unterstützung erhoffe sich die Ukraine auch – das habe Frau Shum deutlich gemacht. Sie freue sich, dass aus dieser Städtepartnerschaft mit Dnipro jetzt eine Regionalpartnerschaft mit dem Land auf längere Strecke werde und sich die Dinge entwickelten. Es sei ein guter Bericht. Die ukrainische Seite nehme das dankbar an. Das sei Ansporn weiterzumachen.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** führt in Ergänzung zu dem, was schriftlich berichtet worden sei, aus – er habe das schon einmal dargelegt –, dass das Ganze in drei Phasen unterteilt worden sei, akute Soforthilfe – damit habe man sofort damit begonnen, als von der ukrainischen Seite klar gewesen sei, dass das die Partnerregion sein werde. Das Abkommen sei noch nicht unterzeichnet. Mit akuter Soforthilfe zu warten, bis irgendwelche Unterschriften gesetzt seien, das hätte in dieser Situation etwas Makabres. Insofern habe man zunächst die Transporte organisiert, die in dem Bericht erwähnt würden. Seit Beginn des Krieges habe man nahezu jede Woche einen Hilfstransport im Wert von 150.000 Euro jeweils auf den Weg gebracht, zumeist mit medizinischen Gütern in Zusammenarbeit mit den Universitätsklinika, immer orientiert an dem Bedarf, der aus der Ukraine gemeldet worden sei. Das sei in alle Teile der Ukraine gegangen.

Parallel habe man, nachdem die vier Fraktionen im Landtag den Auftrag erteilt hätten, mit der Regionalpartnerschaft begonnen. Die Gespräche hätten schon vorher stattgefunden, das stehe im Koalitionsvertrag. Das sei forciert worden.

1996 habe es schon einmal Überlegungen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Region Dnipropetrowsk gegeben. Das sei im Sande verlaufen. Es habe ja Gründe, dass man sich damals diese Region ausgeguckt hatte, weil es die Parallelen gebe und gleichzeitig die Komplementarität. Dazu seien die offiziellen ukrainischen Stellen angesprochen worden. Der Punkt, der sowohl der Generalkonsulin als auch dem Botschafter in Berlin sehr wichtig sei, sei, dass man bei allen Hilfsmaßnahmen, die gemacht würden, versuche, so weit wie möglich die Abstimmung mit den offiziellen Stellen der Ukraine zu suchen, dass auch wirklich die Bedarfe dort gedeckt würden und nicht irgendetwas gemacht werde.

Im Zuge der Abstimmung mit der Ukraine sei zurückgemeldet worden, dass diese Region passen würde, auch aus Sicht des Außenministeriums in Kiew. Da das auch in NRW passe, sei man zu der gemeinsamen Auffassung gekommen und habe mit dieser ersten Phase begonnen. Die zweite Phase werde den Wiederaufbau umfassen. Dazu solle es am 23. März eine Wiederaufbaukonferenz geben. Frau Neubaur werde dazu einladen. Man werde Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen einladen, die Interesse hätten und Fähigkeiten mitbrächten, beim Wiederaufbau helfen zu können. Die dritte Phase sei die Partnerschaft auf Augenhöhe.

Was die Hilfslieferungen, die erste Phase angehe, so habe im Dezember der erste Transport stattgefunden. Alle Hilfstransporte, die nahezu wöchentlich gefahren seien, seien in die Region gelenkt worden. Man habe jetzt schon diese Steuerungswirkung. Im Februar werde eine zweite größere Lieferung auf den Weg gebracht, orientiert an den Bedarfen, die die Regionalregierung mitgeteilt habe. Es würden diesmal weniger Stromgeneratoren, sondern eher Zelte und andere Dinge geschickt. Er sei in der Tat dankbar für die Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft, weil das in der Regel dabei helfe, dass die Hilfsgüter dort schneller ankämen, wo sie gebraucht würden.

Die Stromgeneratoren – das hätten ihm der stellvertretende Leiter und die Generalkonsulin mitgeteilt – seien wirklich in Kitas, in Schulen, genau da angekommen, wo sie hin müssten. Das sei nur möglich mit der Hilfe des Blau-Gelben Kreuzes, die sich dort auskennen würden, die Ansprechpartner hätten.

Zur Partnerschaft auf Augenhöhe gehöre zentral das Element der Städtepartnerschaften. Er sei überzeugt davon – man habe das bei der Feierlichkeit zum 50. Jahrestages des Elysée-Vertrages betont, das gelte auch für andere Partnerschaften –, dass, wenn Städte- und Kommunalpartnerschaften mit Leben gefüllt würden, persönliche Beziehungen entstünden. Dementsprechend werde man am 20. April eine Online-Kommunal-Konferenz gemeinsam mit dem Netzwerk „Städtepartnerschaften“ machen, auf der man ukrainischen Kommune und nordrhein-westfälischen Kommunen, die bisher noch nicht über einen persönlichen Kanal verfügten, zusammenbringen wolle. Das könne man etwas steuern.

Partnerschaften woanders in der Ukraine würden jetzt nicht kritisch begleitet. Jede Partnerschaft helfe. Natürlich sei es so, dass man als Land unter dem Dach der Regionalpartnerschaften andere Möglichkeiten der Förderung habe. Den Kommunen werde vermittelt, wenn sie in Zukunft vom Land Unterstützung für ihre Städtepartnerschaften haben wollten, empfehle es sich, in die Region zu gehen, mit der NRW das forcieren werde. Am Ende sei man aber auch nur ein Bundesland und nicht die Bundesregierung. Insofern sei das sinnvoll. Er verspreche sich einiges davon.

Er habe das Gespräch mit der Auslandsgesellschaft in Dortmund gesucht, die auch mit Ihrem Know-how und ihrer Erfahrung helfen werde. Insofern glaube er, dass man an der Stelle zu einem wichtigen Element dieser Hilfe komme. Gerade das Element der Partnerschaft sei in der Wirkung vor Ort nicht zu unterschätzen. Die Generalkonsulin spiegele das immer wieder. Das werde dort als Zeichen gesehen, dass man erstens an den Sieg der Ukraine glaube, zweitens sich eine dauerhafte Partnerschaft wünsche. Dem werde eine große Bedeutung beigemessen.

Mit Blick auf das Abkommen sei man auf der Zielgeraden. Man stimme die Dinge noch final ab, auch mit den beiden Außenministerien. Es müsse an der Stelle auch passen, auch um hier bald den Rahmen setzen zu können.

**Romina Plonsker (CDU)** legt dar, sie habe einen Punkt offen, weil sie das auch in ihrer Rede zu dem Antrag gesagt habe. Es wäre ein wunderbares Zeichen, wenn aus der Regionalpartnerschaft Nordrhein-Westfalen und der Region in der Ukraine die kleine Pflanze über andere Bundesländer wachse. Sie frage, ob es einen Austausch mit den anderen Europaministern oder Chefs der Staatskanzleien darüber gebe. Es wäre schön, wenn man das größer denken würde, um der ganzen Ukraine Unterstützung zukommen zu lassen.

Sie bedanke sich auch bei dem Blau-Gelben Kreuz konkret. Viele ehrenamtliche Organisationen seien da tätig und würden Hilfstransporte leisten. Das Blau-Gelbe Kreuz mache das in einer Professionalität mittlerweile, dass sich die Landesregierung auch ihrer bediene. Viele seien vor Ort gewesen und hätten sich das angeguckt. Das sei auf jeden Fall eine tolle Organisation, die zivilgesellschaftliches Engagement noch einmal von seiner besten Seite zeige.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** betont, das sei im Rahmen der Europaministerkonferenz angesprochen worden. Auch auf der Arbeitsebene werde der Fortschritt gespiegelt. Man müsse es nur behutsam machen, damit es nicht so wirke, als wolle man den anderen mal zeigen, wie man es mache. Er nehme ein Interesse wahr, würde auch nicht ausschließen, dass es andere Länder genauso machten. Was die Hilfslieferungen angehe, sei teilweise die Struktur woanders übernommen worden.

Was die ukrainische Seite angehe, so sei es so, dass sie das tatsächlich ein bisschen als Role Model für andere Partnerschaften sähen. Er nehme jetzt auch ein Interesse wahr aus dem europäischen Ausland. Das Tschechische Generalkonsulat habe das Ministerium kontaktiert. Sie hätten auch Interesse und fragten, wie man da vorgehen sollte.

Was den Ansatz angehe, ob man das mit dem Weimarer Dreieck koppeln könne: Seitens Haute-de-France – er habe den Vizepräsidenten des Regionalrats in Straßburg getroffen – gebe es ein großes Interesse. Die Franzosen seien dabei, die Regionen auf die Regionen in Frankreich zu verteilen. Haute-de-France habe ein großes Interesse, auch etwas in Dnipropetrowsk zu machen, um auch in Zukunft einen eigenen Bezug dazu zu haben, und im Regionalen Weimarer Dreieck zu ermöglichen, diesen besonderen Austausch zu pflegen. Das habe man sich von Anfang an vorgenommen. Er freue sich, dass man da jetzt Wege finde. Das werde so wahrgenommen. Man trage es in der Tonlage vor, dass es am Ende auf fruchtbaren Boden falle. Er sehe da auch positive Resonanz.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD)** merkt an, aktuell sei zu lesen, dass sowohl das Saarland, Thüringen als auch Rheinland-Pfalz dort schon aktiv seien. Vielleicht werde sich das noch auf alle anderen Bundesländer ausweiten.

**6 Europapolitische Prioritäten** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung; nachträglich zur Verfügung gestelltes Factsheet s. Anlage 3*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/775

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** führt aus, die europapolitischen Prioritäten seien in einer konzentrierten Struktur vorgelegt worden. Alle seien sich einig, dass die grundsätzlichen europapolitischen Schwerpunkte vor dem Hintergrund der aktuellen Lage einer Konzentration bedürften. Das werde in diesem Dokument vorgenommen. Das würde er gerne in Zukunft als Maßstab anlegen, wenn es darum gehe, das Arbeitsprogramm die EU Kommission zu bewerten, das jährlich veröffentlicht werde. Man werde das dann anhand dieser Schwerpunkte messen.

Er verweise auf die Zusammenfassung auf einer Seite, die er gerne den Ausschuss überreiche. Wenn man es gut mache, dann trage das Dokument dazu bei, die europapolitische Debatte im Land zu befruchten und stärker in die Breite zu tragen.

Dass man dafür das Potenzial habe, habe ihm der schwedische Botschafter gestern Abend bescheinigt bei der Veranstaltung im Landeshaus, an der über 200 Menschen teilgenommen hätten. Jeder der Fragensteller sei aus einer anderen europäischen Vereinigung gekommen. Der Botschafter habe ihm nach der Veranstaltung gesagt, so viele europäische Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft gebe es in Schweden nicht. Das habe ihm von außen bescheinigt, man habe diese Landschaft, man müsse sie auch pflegen und müsse sie einbinden. Da, glaube er, sollten die europapolitischen Schwerpunkte neben der Strukturierung der Debatte im Landtag, die auch wichtig sei, ein Beitrag dafür sein, dass man die Debatte mit den Organisationen der Zivilgesellschaft vielleicht strukturierter führen könne. Das wolle man auch in den nächsten Wochen und Monaten tun.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** merkt an, genau das habe der schwedische Botschafter dem Ausschuss auch heute Morgen gesagt.

**Inge Blask (SPD)** bedankt sich für die Vorstellung der europapolitischen Prioritäten, die ambitioniert seien, wie in der Regierungserklärung dargelegt. Ihre Fraktion werde sie kritisch und konstruktiv in den nächsten Jahren begleiten.

Sie habe noch einige Fragen. Am Mittwoch habe die EU-Kommission den Green Deal Industrial Plan for the Net-Zero Age vorgestellt. Sie wüsste gerne, wie die Landesregierung diese Vorschläge der EU-Kommission bewerte und ob die beihilferechtlichen Lockerungen und Investitionsmöglichkeiten genügen würden, um im Wettbewerb mit den USA und China um Schlüsselindustrien und Arbeitsplätze mitzuhalten.

Sie frage, wie bessere Rahmenbedingungen für die Förderung von Kohleregionen durch Strukturfonds aussehe und wie die Landesregierung konkret vorgehen wolle, um ihr Ziel zu erreichen. Auch bitte Sie um ausführlichere Erläuterungen, welche Maßnahme der Landeszentrale für politische Bildung 2023 geplant seien, um die Wahl-

beteiligungen zu erhöhen und den Bürgerinnen und Bürgern die Struktur der EU näherzubringen.

Des Weiteren wüsste sie gerne, was die Landesregierung jenseits von Horizont Europa tue, um die Forschungszusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich zu vertiefen und zu stärken.

**Berivan Aymaz (GRÜNE)** bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Die europapolitischen Prioritäten der Landesregierung machten deutlich, dass NRWs Zukunft in einem geeinten, aber vor allen Dingen auch starkem Europa liege. NRW sei darauf gut vorbereitet. Das hätten auch die mündlichen Ausführungen des Ministers zu der Stärke der Zivilgesellschaft deutlich gemacht, es gebe da starke Potenziale. Mit Blick auf die Wahlen und auf Bemühungen von politischen Kräften, europäische Werte und ein geeintes Europa zunichte zu machen, teilweise mit europafeindlichen, populistischen Agitationen, wäre es wichtig, tatsächlich im Blick zu behalten, wie diese Zivilgesellschaft gestärkt werden könne. Da müsse man schnell vorangehen.

Eine weitere Aufgabe, eine weitere Herausforderung sei die Transformation zu einem Grünen Industriestandort, was vor allen Dingen auch mit sozialer Gerechtigkeit vorangetrieben werden müsse. Das müssten alle im Fokus behalten, auch im Industriestandort NRW. Das bedeute konkret den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft, die möglichst viele Ressourcen in den Kreislauf führe und das Land unabhängiger mache – ihr liege es am Herzen, das zu betonen –, um somit den Ausbau einer klimafreundlichen Energieinfrastruktur zu ermöglichen. Zu diesen Themen werde sich der Ausschuss auch im Rahmen der Anhörung noch einmal am Nachmittag auseinandersetzen.

Für all diese Vorhaben stünden unter anderem die europäischen Strukturfördermittel zur Verfügung, die stärker als bislang für den grünen und digitalen Wandel eingesetzt werden müssten. Ihr sei wichtig, das hervorzuheben.

Den Blick auf die offene Welt und die besondere Rolle von Zivilgesellschaft habe der Minister schon angesprochen.

**Sven Werner Tritschler (AfD)** hat eine Frage an den für Medien zuständige Minister. Es gehe an einer Stelle um Verbreitungsverbote für bestimmte ausländische Medien. Laut Bericht halte die Landesregierung dies durch die Europäische Union für geboten. Da stelle sich die Frage, ob das weiterhin auf der Grundlage stattfinden solle – es sei eher eine binnenmarktliche Regelung –, wenn er sehe, dass die Taliban, das Iranische Regime, ISIS weiterhin ihre Propaganda verbreiten dürften. Er frage, wo die Grundlage sei, wo die Grenzen gezogen werden sollten oder ob es nach Vorstellung des Ministers bei dieser einmaligen Ausnahme bleiben solle.

Das andere sei das europäische Migrations- und Asylsystem. Das wünsche sich die Landesregierung auf Grundlage des Kommissionsvorschlag von 2020. Der Ausschuss habe gerade vom schwedischen Botschafter gehört, dass sie das zumindest unter ihrer Präsidentschaft für sehr unrealistisch hielten. Er frage, ob es nicht sinnvoll wäre, weil es massive Widerstände aus den einzelnen Mitgliedsstaaten gebe, einen neuen Aufschlag zu machen.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** bedankt sich für den Bericht der Landesregierung. Die Strategie sei umfangreich. Konkrete Schwerpunkte könne man daraus seiner Meinung nach nicht erkennen, weil praktisch alles darin enthalten sei. Er finde die unterschiedlichen Punkte von der Aufstellung her sehr gut, wolle allerdings zwei Punkte hinzufügen.

Das Eine: Die wachsenden Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Union gegenüber der Bundesrepublik hätten nicht zuletzt auch damit zu tun, dass die Bundesländer es unter Umständen manchmal versäumten, schnell genug entsprechende Richtlinien umzusetzen. Wenn man von Bundestreue innerhalb der Bundesrepublik Deutschland spreche, dann gebe es auch den Begriff der „Gemeinschaftstreue“ innerhalb der EU. Möglicherweise sollte man sich manchmal beeilen, was das Thema „Umsetzung von Richtlinien“ betreffe, damit keine Vertragsverletzungsverfahren durchgeführt würden. Das sei eine Selbstverpflichtung. Wenn man immer hervorhebe, man sei europatreu, dann sollte man auch die Richtlinien umsetzen. Daran müsse man sich orientieren und im Rahmen des Bundesrates unter Umständen weitere Initiativen starten, wenn man zu langsam sei.

Beim zweiten Punkt greife er nicht die große europäische Politik auf, sondern die Grenzregionen. Das seien Schnittstellen, an denen mehrere Länder und mehrere Rechtssysteme zusammenträfen. Natürlich gebe es unterschiedliche Rechtsfolgen in den Grenzregionen. Er glaube, da seien genau die Schmelztiegel, bei denen Europa zusammenwachse. Er finde in der Strategie, die vorgelegt worden sei, 5,6 Sätze dazu, obwohl es viel mehr in dem Bereich zu tun gebe.

Als der Botschafter da gewesen sei, habe er das Thema der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit aufgegriffen, wo der Europäische Kodex entwickelt werde. Da sei Nordrhein-Westfalen selber betroffen. Das sei Landesrecht, was im Moment in Brüssel weiter erarbeitet werde.

Wer da schon einmal reingeguckt habe, wisse, was in dem Kodex stehe. Vieles basiere auf belgischer und niederländischer Zusammenarbeit mit Deutschland. Ein Thema, mit dem man sich beschäftigen müsse, sei etwa das Thema „Katastrophenschutz“. Er verweise auf das Hochwasser, die Pandemie. Eine Katastrophe mache nicht an einer nationalen Grenze halt. An diesem Thema müsse man weiterarbeiten, das als Hinweis zu dieser Strategie.

Man könne viel aufnehmen, was alles nicht verkehrt sei. Wenn die Bürgerinnen und Bürger in der Region, egal, ob sie in Aachen, Düren oder in Köln wohnen würden, an die holländische oder belgische Küste fahren wollten, dann gehe das schnell von Nordrhein-Westfalen aus. Die nutzten das auch. Da müssten alle Bereiche funktionieren. Dazu gehörten auch Polizeischutz und Katastrophenschutz und sonstige Daseinsvorsorge mit dazu. Das als Ergänzung.

**Dr. Günther Bergmann (CDU)** legt dar, er sei zum Teil entsetzt, wie wenig entwickelt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der wunderschönen Krönungsstadt Aachen mit den angrenzenden Regionen sei. Wenn er die Deichringe 46 und 47 nehme, die deutsch-niederländisch besetzt seien, das Thema „technischen Hochwasserschutz“ begleite, vom Bypass in Nijmegen bis runter in die Region Bislich, wenn

er sehe, dass Zusammenarbeit durch die GPT (grenzüberschreitende deutsch-niederländische Polizeiteams), die Marechaussee, Landespolizei und Bundespolizei weit vorangetrieben worden sei, wenn er sehe, wie die Helikopter bei der Rettung die Flughäfen in Nijmegen als auch Duisburg anflügen, beidseitig aktiv seien, wenn er sehe, dass die Rettungsdienste beidseitig vom Kreis Kleve mit der Provinz Gelderland zusammenarbeiteten, dann stelle er fest, dass da schon vieles auf dem richtigen Weg sei, aber vieles auch noch verbessert werden müsse.

Aufgrund des Datenschutzes gebe es immer wieder Schwierigkeiten. Er glaube aber nicht, dass es richtig sei, es hier so darzustellen, als sei das landesweit a) nicht richtig angekommen und b) nicht bearbeitet. Er glaube, es sei auf der Landesebene platziert, weil man auch das Glück habe, einen Ministerpräsidenten zu haben, der nicht so weit von der Grenze entfernt wohne, also eine Sensibilität habe. Damit stehe er in der Kontinuität zu seinem Vorgänger, der noch näher an der Grenze gewohnt habe, sodass dieses Thema bei der Landesregierung gut platziert sei und man auf der regionalen Ebene schon viele Kooperationen habe.

Er erinnere daran, dass diese Kooperationen so flexibel angesetzt seien, dass selbst die Strukturänderungen auf der niederländischen Seite – Stichwort Feuerwehr – bei den Kooperationen hier immer mit gespiegelt worden seien. Die Feuerwehrstruktur sei auf der anderen Seite ganz anders als hier. Das werde regional, lokal ordentlich gemanagt. Da er ein Verfechter des Subsidiaritätsprinzips sei – deswegen sei er auch Mitglied dieser Fraktion –: Da, wo die Jungs es könnten, sollten sie es machen, die Mädels sowieso. Das sei auf der Kreisebene, das sei regional. Da, wo die Akteure begleitet werden müssten, werde es von der Landesregierung gut gemacht. Der Weg sei schon vorgegeben. Er fände es schön, wenn Aachen dann auch folgen würde.

**Dr. Werner Pfeil (FDP)** gibt Herrn Dr. Bergmann recht, soweit es freiwillige Leistungen seien, die Deutschland und die Niederlande betreffen. Er übersehe aber, dass Aachen auch die deutsch-belgische Grenze habe. Da sei es nicht so einfach. Feuerwehr, Katastrophenschutz in Belgien werde anders organisiert und sei nicht Angelegenheit der Provinzen. Das sei eine Bundesangelegenheit. Deswegen sei die Situation entlang der nordrhein-westfälischen Grenze zu den Niederlanden und Belgien nicht einheitlich. Das sei das Eine.

Zweitens: Mit dem Kodex über die europäische Zusammenarbeit befasste sich die EU gerade. Da könne man noch so gut in Nordrhein-Westfalen sein; es ändere das Landesrecht, weil man hier für die Polizeigesetze in NRW zuständig sei. Deswegen habe er nur den Hinweis gegeben, das könnten auch Themen sein, die in Brüssel bearbeitet würden, die landesrechtlich interessant seien.

Dass das grenzüberschreitend mit den Polizeidienststellen funktioniere, wisse man seit der letzten Legislaturperiode, daran habe seine Partei selber mitgewirkt. Das sei aber nicht das Thema, das er angesprochen habe.

Man müsse bedenken, dass es einen schleichenden Aushöhlungsprozess gebe, wo Landesrecht auch in Brüssel entstehe. Das sei der eine Punkt. Das wisse man auch schon seit Jahrzehnten, das sei auch nichts Neues. Der andere Punkt sei, dass man

es oftmals vergesse, EU-Recht fristgerecht umzusetzen, sodass Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet würden. Trotz der Europaeuphorie müsse man sich manchmal auch als Landesgesetzgeber daran erinnern, EU-Recht umzusetzen, Richtlinien in nationales Recht umzusetzen. Sie würden nicht unmittelbar gelten. Auf diesen Punkt habe er hingewiesen.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** legt dar, die Landesregierung sei klug beraten, sich nicht in den Regionalkonflikt einmischen. Das falle ihm insofern leicht, da die europapolitischen Prioritäten die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als einen Schwerpunktbereich darstellten. Natürlich gebe es den Bezug, der hergestellt worden sei. Aus der Grenzlandkonferenz wisse man, dass es der Landesregierung sehr wichtig sei.

Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werde Europa konkret. Da müsse man zeigen, dass man es könne, dass man es ernst meine. Die europapolitischen Prioritäten hätten noch eine andere Zielrichtung, ohne dass das die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in irgendeiner Weise einschränke.

Nun zu den Fragen an die Landesregierung: Der Industrieplan für den Grünen Deal sei in der Tat ein bemerkenswertes Dokument. Insgesamt passten die Punkte, die die Kommission gemacht habe – es sei erst einmal eine Mitteilung der Kommission –, gut zu dem, was die Landesregierung in den europapolitischen Prioritäten für wichtig erachte. Das könne man in vier Punkten zusammenbringen. Das Eine sei die Vereinfachung des regulatorischen Rahmens für die Beihilfen, das zweite sei die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, das dritte die effektivere Nutzung von EU-Mitteln, die schon da seien, das vierte sei die Stärkung der Autonomie der europäischen Industrie, gerade mit Blick auf Lieferketten und Abhängigkeiten.

Das seien alles Dinge, die, so hoffe er, ein parteiübergreifendes Learning aus der Pandemie und aus der aktuellen Situation seien. Das seien „must-do's“ mit Blick auf den Rat, der im März stattfinden werde, wo die Wettbewerbsfähigkeit eines der großen Themen sein werde. Er sehe da eine große Übereinstimmung.

Der Streitpunkt, der übrig bleibe, sei am Ende die Frage der Finanzierung. Das sei ein Grundsatzstreit – gemeinsame Schulden, ja oder nein? Da sei die Kommission gekonnt drumherum gesehelt, indem man auf die Frage nicht, nur auf bestehende Finanzierungsinstrumente eingegangen sei. Er ahne aber schon, dass es mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas insgesamt einzelne Länder geben werde, die an der Stelle konkrete Ideen hätten, was man da sonst noch alles tun könnte. Das werde dann dort zu diskutieren sein.

Das Bemühen, die Antwort auf den Inflation Reduction Act der USA möglichst breit aufzustellen, teile die Landesregierung aus voller Überzeugung. Er glaube, man müsse aufpassen, dass man nicht, von der großen Zahl geblendet, 370 Milliarden Dollar, jetzt in einen Subventionswettbewerb einsteige: Wer hat noch mehr zu bieten?

Der schwedische Botschafter habe es gestern noch für die Ratspräsidentschaft ausgeführt: Man habe in Europa jetzt schon nennenswerte Finanzmittel aktiviert, die noch nicht verausgabt seien. Es sei nicht so, dass man jetzt mittellos da stehe. Diese Mittel

seien auch noch nicht gebunden. Er glaube, das, was man vom Inflation Reduction Act lernen könne, um es positiv zu formulieren und nicht nur negativ zu sehen, sei, dass die Amerikaner es verstünden, parallel zu einer Subvention die Regulatorik so aufzustellen, dass das private Kapital die Grüne Transformation auch unterstütze. Davon sei man in Europa noch weit entfernt.

Man sei hier vom Ansatz her sehr fokussiert auf die staatlichen Mittel, von denen er glaube, dass sie definitiv hilfreich sein könnten, wenn es darum gehe, Lücken zu schließen, Durchbrüche sicherzustellen oder einzelne Forschungsschwerpunkte zu bestätigen. Aber die Grüne Transformation der hiesigen so vielfältigen Industrie und Wirtschaft allein im staatlichen Kapital sei ein Trugschluss. Deswegen müsse man Wege finden, wie das ohnehin vorhandene Kapital – Pensionsfonds seien immer das gerne genannte Beispiel aus der ganzen Welt – in Europa den optimalen Weg gehen könne, optimal im Hinblick auf die Förderung sauberer Technologien. Das sei die große Hausaufgabe. Er entnehme der Mitteilung der Kommission, dass man an der Stelle versuche, daran zu gehen. Das wäre eine große Hilfe.

Ob das schon bis zum Ende reiche, das sehe er noch nicht. Da sei sicherlich noch mehr zu tun. Da tue sich die Kommission als Autor vielleicht noch am schwersten von allen. Da müssten jetzt der Rat, die Präsidentschaft und das Parlament wohltuend einwirken. Dann komme man hoffentlich am Ende zu einer Antwort, mit der man sich in diesem Wirtschaftswettbewerb tatsächlich sehen lassen könne, ohne in einen Handelskrieg zu verfallen. Das sei auch das Bestreben der Bundesregierung. Robert Habeck sei in Schweden, um die Frage genau zu diskutieren.

Er stelle fest, dass man auf amerikanischer Seite teilweise von falschen Annahmen über Dinge zwischen Europa und den USA ausgegangen sei, sodass man jetzt sehr schnell bei der Frage nacharbeiten müsse, wie man zumindest sektoral verhindere, dass es zwischen Europa und den USA zu Verwerfungen komme. Da seien jetzt Klugheit und Besonnenheit gefragt und nicht der Ruf nach der schnellen großen Zahl. Das als Auffassung dazu.

Zum Thema „Landeszentrale“: Es seien Gespräche mit der Landeszentrale in Vorbereitung auf die Europawahl nächstes Jahr geplant, wie man da den Beitrag in Nordrhein-Westfalen leisten könne, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Da könne er zu gegebener Zeit wieder berichten, aktuell nicht viel mehr.

Zu dem Vereinigten Königreich: Es sei für NRW wichtig, dass man nicht zuletzt aufgrund der besonderen Beziehungen in der Europaarbeit diesen besonderen Partner, jetzt außerhalb der EU, aber immer noch bei uns stark bedenke. Deswegen habe sein Vorgänger schon bestimmte Institutionen eingerichtet wie den Lenkungsausschuss für Fragen der Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich. Dieser Lenkungsausschuss, an dem auch die Botschafterin, der Generalkonsul und er teilnehmen würden, werde im März wieder zusammenkommen.

Er habe bereits mit der Botschafterin gesprochen, die erfreut sei, mit welcher Intensität diese Zusammenarbeit gesucht werde, dass man, wenn man nach Nordrhein-Westfalen komme, nicht nur den allgemeinen politischen Austausch pflege, sondern immer auch über sehr konkrete Formen der Zusammenarbeit spreche. Das werde man – das

habe man sich vorgenommen – sehr stark fokussieren auf den Austausch von Studierenden und Schülern. Er glaube, dass man gerade bei der jungen Generation ansetzen müsse, auch bei den Azubis. Das sei die Bandbreite, die man an der Stelle sicherstellen wolle.

Zur Kreislaufwirtschaft könne er jetzt nichts Neues berichten, nur so viel: Bei dem Treffen, das es in Straßburg mit den französischen Kollegen gegeben habe, die teilweise aus von Kohle geprägten Regionen kämen, sei es ein gemeinsames großes Anliegen mit dem Saarland und anderen sicherzustellen, im Green Deal tatsächlich dort zu transformieren, wo es etwas zu transformieren gebe, da den größten Hebel anlege und dem Strukturwandel nachhelfe.

Die Kommissionspräsidentin, die vor zehn Tagen anlässlich einer Parteiveranstaltung in Düsseldorf gewesen sei, habe dort auch zu den Möglichkeiten im Bereich der Kohleregionen sowohl mit Blick auf Steinkohle als auch Braunkohle ausgeführt. Es sei nicht so, als ob man das in Brüssel von vornherein so gesehen habe. Er erinnere sich an ziemlich aufreibende Bemühungen, die er damals noch als Chef der Staatskanzlei, aber auch Kollege Speich als Staatssekretär hätten unternehmen müssen, um darauf hinzuwirken, dass diese Mittel tatsächlich dafür eingesetzt werden könnten. Das sei zuerst in Brüssel gewesen, dann in Berlin, um zu der Förderkulisse zu gelangen. Aber es sei möglich.

Die Kreislaufwirtschaft sei auch ein Thema, das auch die Wirtschaftsministerin und ihn sehr umtreibe, wie man an der Stelle weiterkomme. Es gebe tolle Initiativen aus Nordrhein-Westfalen dazu, wenn er etwa an Circular Valley in Wuppertal denke, wo von Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Start-ups bis Großkonzernen alles dabei sei. Er glaube, das sei das, was dieser Standort beitragen könne. Mit Herrn Gerhardt sei er im Austausch. Man wolle noch weitere Großunternehmen gewinnen, sich daran zu beteiligen. Die Wirtschaftsministerin mache dazu Aktionstage, wo sie im Land unterwegs sei. Das sei ein Thema, was man sicherlich weiter forcieren werde.

Zum Thema Verbot der Medien: Er habe seinerzeit sowohl bei der kleinen Regierungserklärung als auch bei Ausführungen zum EMFA (European Media Freedom Act) erklärt, dass man den Weg der Europäischen Union zum Verbot einiger russischer Sender für nicht glücklich halte, dem Ergebnis aber zustimme. Die Frage sei, wie man sich in einer solchen kriegerischen Auseinandersetzung dazu verhalte. Aufgrund der Kritik am Weg das Ergebnis wieder infrage zu stellen, halte er nicht für richtig. Das müsse an der Stelle auch vollzogen werden.

Klar sei, man müsse gucken, dass man in Zukunft nicht zu Medienverboten aufgrund des Binnenmarktes komme. Das wäre eine Diskreditierung des Binnenmarktes und eine Schwächung der Medienfreiheit. Das liege nicht im Interesse des Landes. Das sei der Grund, warum man sich sehr darum bemühe, die stark binnenmarktorientierte Brille auch im EMFA im Bereich Medien zu novellieren. Dazu habe er hier schon vorgebracht. Man habe im Länderkreis einiges erreicht, die 16. Subsidiaritätsrüge im Bundesrat, die Übergabe der Verhandlungsführung durch die Bundesregierung an die Länder. Jetzt fänden die Vorbereitungen des Trilogs in Brüssel und in Straßburg statt. Er sei vor zwei Wochen in Straßburg gewesen, habe die beiden potenziellen Berichterstatter Frau Kammerevert und Frau Verheyen gesprochen. Man müsse sich gut abstimmen,

dass man tatsächlich die richtigen Fragen stelle und mit den richtigen Ansätzen da reingehe.

Man spreche auch mit den zugänglichen Kanälen in der Kommission. Im Rat wachse die Zahl der Länder, die den EMFA, so wie er jetzt sei, kritisch sehe. Man könne mitnichten davon sprechen, dass das nur einige wenige seien, wie es am Anfang gewesen sei, die Zahl wachse. Auch hier gehe man alle Wege, die offen stünden, etwa über den Botschafter, auch über den Ausschuss der Regionen, wo Mark Speich versuche, Mehrheiten zu generieren. Man müsse von allen Seiten da ran. Er sehe die Gefahr, dass bei dem hehren Ziel ein nachhaltiger Schaden in der Sache eintreten könnte. Er sei dankbar, dass man das hier mit dieser breiten Unterstützung tun könne, man werde das auch entsprechend weiter forcieren.

## **7 Hintergründe und inhaltliche Schwerpunkte der Verwaltungsvereinbarung über die Inanspruchnahme der Reserve für die Anpassung an den Brexit („Brexit-Adjustment Reserve“ – BAR) (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)**

### **Minister Nathanael Liminski (MBEIM) trägt vor:**

Nordrhein-Westfalen hat sich sehr stark dafür eingesetzt, dass wir an diesen Mitteln partizipieren können. Das ist nicht einfach gewesen, weil die Bedingungen seitens des Bundes nicht so waren, dass das unbedingt länderfreundlich ausgestaltet war. Aber wir haben unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Möglichkeit das auch angemeldet.

Wir haben jetzt eine Verwaltungsvereinbarung, die unterzeichnet werden kann. Das Kabinett hat das Ende Dezember beschlossen. Der Text der Verwaltungsvereinbarung wird die Grundlage für die Mittelbereitstellung durch das Land sein. Das wird in Nordrhein-Westfalen verwaltet durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, da das die ESF-Verwaltungsbehörde ist und die notwendigen Kenntnisse hat.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten: Wir werden diese Mittel nutzen, um vor allem unser Stipendienprogramm für Studierende, Auszubildende und Schüler zu fördern, das, was ich eben zu UK ausgeführt habe. Das NRW-Exchange-UK-Stipendium wird das Dach sein mit insgesamt 3 Millionen Euro EU-Mitteln, durchaus nennenswert, gerade mit Blick auf eine sehr konkrete und klar umrissene Zielgruppe. Das macht den Großteil unserer Mittel aus der Brexit-Anpassungsreserve aus. Wir haben knapp 4 Millionen Euro, die wir umsetzen werden, 3 Millionen Euro für dieses Stipendium.

Das zweite Vorhaben in der Förderung ist der Bau einer Lkw-Wartefläche im Zollbereich des Duisburger Hafens, also sehr speziell. Sie merken daran, dass wir alle Ressorts auf Möglichkeiten durchforstet haben, wie wir an diesen Mitteln partizipieren können. So gehört sich das für eine gute Landesregierung. Dementsprechend haben wir diese zwei Projekte identifizieren können, mehr leider nicht.

**Inge Blask (SPD)** bedankt sich für den mündlichen Bericht. In der Verwaltungsvereinbarung werde ausgeführt, dass insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen gefördert und auch Mittel für den Klimaschutz eingesetzt würden. Sie frage, warum man sich dagegen entschieden habe und nur diesen Schwerpunkt aufgreife, die der Minister vorgestellt habe, um diesen Weg zu gehen.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** antwortet, damals sei er Chef der Staatskanzlei gewesen. Es sei ein Prozess über Nacht gewesen, der Bund habe es sehr spät mitgeteilt, dass die Länder partizipieren könnten, und habe gleichzeitig eine kurze Frist gesetzt. Man habe damals alle Ressorts gebeten, alle Möglichkeiten zu prüfen. Dann gebe es den Punkt, wenn das Ressort sage, das gehe oder das gehe nicht, dass man das akzeptieren müsse. Die 4 Millionen Euro von insgesamt 52 Millionen Euro seien jetzt kein Löwenanteil. Er wage aber zu behaupten, dass man am Ende, weil man zwei

konkrete Projekte habe, im Zweifelsfall zu denen gehöre, die diese Mittel tatsächlich genutzt hätten. Er scheue da nicht den Vergleich. Er höre nicht, dass es anderen Ländern besser ergangen sei. Es sei so, dass die Kriterien, nach denen die Mittel vergeben würden, eng gefasst seien.

Wenn man die Begriffe „Klimaschutz“ und „KMU“ höhere, denke man, man könne damit eine ganze Menge Gutes tun. Es sei aber nach Einschätzung der zuständigen Ressorts offenbar nicht so leicht möglich, den Brexit-Bezug hinreichend belastbar darzustellen. Dementsprechend seien dann abgewogen worden – so habe er das in den Ressorts wahrgenommen –: der Aufwand, das Programm zu gestalten und am Ende der mögliche Ertrag. Einige Ressorts seien zum Ergebnis gekommen, dass sich das für sie einfach nicht lohne. Auf das Prüfergebnis müsse man sich auch verlassen.

**8 NRW-USA-Jahr** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/777

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** verweist auf den E-Mail-Verkehr von Seiten der SPD-Fraktion an die Staatskanzlei mit der Bitte, auf die darin aufgeführten Fragen in dem Bericht einzugehen.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** führt aus:

Ihnen liegt ein ausführlicher schriftlicher Bericht vor. Wir haben auch versucht, dabei auf die eingereichten Fragen einzugehen. Was ist geplant? Wir wollen das NRW-USA-Jahr im Sommer starten. Es soll ein Jahr dauern. Im Laufe des Jahres soll es viele neue eigenständige Formate geben. Gleichzeitig sollen bestehende Formate unter das Dach des NRW-USA-Jahr gefasst werden.

Wer ist beteiligt? Die Botschaft und das Generalkonsulat, unser Partnerbundesstaat Pennsylvania, verschiedene Netzwerke und Partnerschaftsvereine und natürlich die große bunte Wiese der transatlantischen Akteure aus allen Bereichen der Gesellschaft. Wir planen mit diesen Partnern zusammen Veranstaltungen, mit denen wir bestehende Verbindungen und Beziehungen pflegen und intensivieren wollen. Wir werden sicherlich ein Mehr an Delegationsreisen in dieser Zeit erleben.

Messen werden sich daran ausrichten. Wir wollen die Sichtbarkeit von US-Unternehmen hier und von NRW-Unternehmen noch stärker herausstellen und die verschiedenen Bereiche – das will ich jetzt nicht im Einzelnen alles wiederholen – von Hochschulaustausch über Fellowship-Programme, Austausch der beruflichen Bildung, Kultur, Sport, Polizei, Justiz und Rechtsthemen forcieren, um – das ist Ziel der Operation – das gegenseitige Verständnis sicherzustellen. Wir haben in den letzten Jahren erlebt, dass das auch an dieser Stelle schneller verdunsten kann, als man sich das viele Jahre zuvor vorstellen konnte.

Wir haben in der aktuellen Krise mit Blick auf die Ukraine gelernt, wie wichtig die transatlantische Partnerschaft ist, wie lebensnotwendig sie auch für Europa ist. Dementsprechend wollen wir aus Nordrhein-Westfalen heraus unseren Anteil dazu beitragen. Ich nehme vielfach wahr, dass das auch aus der kommunalen Familie und anderen Bereichen gerne mitgetragen wird.

Ich war kürzlich bei dem Neujahrsessen der „AmCham“ (American Chamber of Commerce in Germany). Da habe ich eine Vielzahl transatlantischer Akteure getroffen. Man freut sich auf dieses Jahr. Wir werden das mit der Botschaft und dem Konsulat in den nächsten Wochen und Monaten finalisieren. Ich werde die Botschafterin noch einmal treffen. Dann wollen wir das Programm, soweit man es vorab mitteilen kann – es soll ja ein lebendiges Programm sein, das wachsen kann –, entsprechend veröffentlichen. Natürlich wird es dazu entsprechende Kommunikationsarbeit geben, ein Label, ein Slogan, eine Internetseite etc.. Das wird dann zum Start im Sommer präsentiert.

**Inge Blask (SPD)** bedankt sich für den Bericht. Sie verweise zu dem Thema auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Klute Drucksache 18/812. Bei den ersten Gesprächen in den Kommunen habe man die Rückmeldung bekommen, man würde sich wünschen, dass die Landesregierung den Austausch zu den Kommunen intensiviere. Es sei der Wunsch, das Ganze nach Corona wieder zu intensivieren.

Der Minister habe erwähnt, in Sachen Ukraine-Partnerschaften werde es ein digitales Gespräch geben. Sie frage, ob man über das Thema USA mit den Kommunen sprechen werde. In der Vorlage sei erwähnt worden, dass es umfangreiche Termine dieses Jahr geben werde. Als Parlamentarierin würde sie sich freuen, wenn die Termine frühzeitig bekanntgegeben würden. Sie habe die Einladung zur Feier 60 Jahre Elyseé-Vertrag eine gute Woche vorher bekommen. Das sei für den Terminplan sehr eng. Wenn Termine in diesem Jahr anstünden, bei denen die Ausschussmitglieder erwünscht seien und eingeladen seien, bitte Sie, den Termin frühzeitig mitzuteilen.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** erwidert, umso dankbarer sei er, dass Frau Blask trotzdem in den Kunstpalast gefunden habe. In der Tat wolle man, wenn das Programm veröffentlicht werde, das für das ganze Jahr gelte, frühzeitig darüber informieren.

Es sei ein Austausch mit den Kommunen geplant, auf die bestehenden Städtepartnerschaften zuzugehen. Bisher sei das noch nicht erfolgt, weil man mit der Botschaft und dem Konsulat noch nicht so weit gewesen sei, dass man hätte sagen können: Das ist der Rahmen. Wenn man den Austausch mit den Kommunen mache, würde man auch gerne sagen, was im NRW-USA-Jahr geplant sei, was möglich sei, was man an zusätzlichen Dingen machen könne. Sobald das in den Grundzügen stehe, werde man ein solches Onlineformat für die Städtepartnerschaften mit Blick auf das NRW-USA-Jahr, nicht nur mit Blick auf die Ukraine anbieten. Es sei sicherlich klug, das zu machen.

**9 Was ist seit der Unterzeichnung der Partnerschaftserklärung zwischen der Greater Manchester Combined Authority und dem Regionalverband Ruhr passiert?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/778

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage18/778 zur Kenntnis.

## 10 Verschiedenes

### a) **Sommerfest in der Landesvertretung Brüssel voraussichtlich am 5. September in Verbindung mit einer auswärtigen Sitzung des Ausschusses in Brüssel**

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** gibt an, dass das Sommerfest in der Landesvertretung in Brüssel am 5. September stattfinden solle. Von daher wäre es ein guter Plan, wenn der Ausschuss mittags nach Brüssel fahren würde, abends an dem Sommerfest teilnehme und am nächsten Tag eine auswärtige Sitzung in der Landesvertretung machen könnte. Falls aber das Kabinett am 5. September tagen würde, müsste der Ausschuss an dem Tag Termine außerhalb der Landesvertretung suchen und könnte aber am 6. September vormittags in der Landesvertretung tagen. Er bitte zu prüfen, ob man für den 5. September oder den 6. September einen Raum in der Landesvertretung finden könne. Der Ausschuss würde sich sehr freuen, wenn die Ressourcen der Landesvertretung zur Verfügung stehen würden.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** fände es sehr schön, wenn man die Koinzidenz hinbekäme. Eine leichte Unsicherheit sei deshalb entstanden, weil die Ministerpräsidentenkonferenz gedenke, auch in diesen Tagen nach Brüssel zu kommen. Sie werde dann zwar nicht in der Landesvertretung NRW beheimatet sein, weil Niedersachsen gerade den Vorsitz habe, das könnte voraussichtlich der 7. September werden. Das wiederum könnte dazu führen, dass das Vertretungsfest und die Kabinettsitzung auf den 6. September gelegt würden. Das würde Möglichkeiten am 5. September gegebenenfalls schaffen.

Er sei dabei, die Terminfrage der MPK so schnell wie möglich zu klären. Daraus würde sich alles andere ergeben. Es wäre sehr schön, wenn der Ausschuss in Gänze an dem Vertretungsfest teilnehmen würde. Er sei sich sicher, dass man den Ausschuss in der dann frisch renovierten Landesvertretung begrüßen könne.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** meint, wenn die Termine sich verschieben würden, würde es Sinn machen, dass der Ausschuss am 6. September anreise, abends am Fest teilnehme und am 7. September tage, sodass man eine kleine Terminverschiebung hätte. Das werde schnellstmöglich geklärt.

### b) **Themenwünsche für die auswärtige Sitzung in Brüssel**

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** hält fest, die Obleute hätten sich darauf verständigt, heute Themenwünsche der Fraktionen zu äußern, welche Programmpunkte in Brüssel gewünscht seien, welche Diskussionspartner man gerne haben wolle.

**Romina Plonsker (CDU)** schlägt vor, den Ausschuss der Regionen und unternehmer.nrw in seiner Repräsentanz in Brüssel zu besuchen.

**Inge Blask (SPD)** erklärt, ihre Fraktion reiche die Wünsche nach.

**Berivan Aymaz (GRÜNE)** fände es wichtig, weil die Themen „Rechtsstaatlichkeit“, „Grundrechte“ heute im Zentrum stünden, das bei den Terminen im Blick zu behalten. Da gebe es die Europäische Agentur für Grundrechte, mit der man einen Gesprächstermin vereinbaren könnte.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** regt an, die NRW.BANK und deren Aktivitäten in Brüssel zwischen Regulatorik, Bankenaufsicht zu einem Gespräch einzuladen. Die seien auch in dem Haus vertreten.

Das Sekretariat werde noch eine E-Mail an die Obleute heraussenden. Es werde eine finale Abfrage der Themenwünsche geben. Man werde aus den Vorschlägen aussuchen und vernünftige Locations, Gesprächspartner finden. Das werde man dann tun, wenn die Terminfrage geklärt sei.

**c) Gespräch des Ausschusses mit einer Delegation des Flämischen Parlamentes sowie mit Vertretern der Euregio**

**Inge Blask (SPD)** fragt, ob das in diesem Jahr geplant sei.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** antwortet, die Ausschussmitglieder aus dem Flämischen Parlament hätten den 17. März anvisiert. Das Flämische Parlament habe sich bereits an den Landtagspräsidenten gewandt und würde sich sehr freuen, am 17. März mit der Europaausschussvorsitzenden und einem weiteren Mitglied in den Austausch zu gehen.

Dann sei die Frage, ob man zwei Gäste der Euregios dazu nehme oder ob man einen eigenen Punkt für die Euregios mache. Für einen externen Gast brauche man etwa 1 Stunde. Wenn man Euregio dazu packe, sei man vielleicht 2 Stunden nur mit externen Gästen beschäftigt. Ob man die Euregios am 17. März ebenfalls einlade, werde man sehen. Zunächst einmal würden die flämischen Parlamentarier am 17. März eingeladen.

gez. Stefan Engstfeld  
Vorsitzender

**4 Anlagen**

07.03.2023/28.04.2023



**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP****Christof Rasche MdL**  
Sprecher für Verkehr  
Sprecher für Sport

Ausschuss für Europa und Internationales  
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

18. Januar 2023

**Beantragung eines Berichts der Landesregierung zur Sitzung des  
Ausschusses für Europa und Internationales am 03. Februar 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 03.  
Februar 2023 bitte ich für die FDP-Landtagsfraktion um Vorlage eines  
schriftlichen Berichts der Landesregierung zum Thema:

**Homeoffice: Neue Regeln zur Sozialversicherung für Grenzpendler  
nach Österreich**

Mit dem Auslaufen der Covid-Regeln werden Grenzpendlerinnen und  
Grenzpendler zwischen Deutschland und den Nachbarstaaten beim  
mobilen Arbeiten behindert.

Für die Zeit der Covid-Pandemie wurden viele der starren europäischen  
Regelungen liberalisiert, vor allem die zum Homeoffice. Leider enden in  
diesen Monaten viele der liberalen Homeoffice-Regeln. Denn sie  
hatten nicht zum Ziel, die Freiheit der Beschäftigten zu erhöhen,  
sondern sollten die Pendlerströme insgesamt verringern.

Vielerorts kann es geschehen, dass Beschäftigte in zwei Ländern  
Beiträge an die Sozialversicherung abführen müssen. Das wird viele  
Beschäftigte abschrecken von Zuhause auszuarbeiten.

Die Sozialversicherungen in Österreich teilen nun eine Neuerung mit.  
Scheinbar haben Wien und Berlin im Bereich der Sozialversicherung  
eine neue Rahmenvereinbarung zum Homeoffice ausgehandelt:



**Freie  
Demokraten**Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**

„Diese Rahmenvereinbarung ermöglicht in Fällen mit einer gewöhnlichen wiederkehrenden grenzüberschreitenden Telearbeit bis maximal 40% die Zuständigkeit des Mitgliedstaates, in dem der/die Arbeitgeber:in den Sitz hat, und nicht der Wohnstaat des/der Grenzgänger:in zuständig wird. Die Rahmenvereinbarung wird mit 01.01.2023 in Kraft treten.“<sup>1</sup>

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Kann nach Ansicht der Landesregierung die neue Rahmenvereinbarung ein Vorbild sein für Grenzpendlerinnen und -pendler zwischen NRW, den Niederlanden und Belgien?
- Was unternimmt die Landesregierung, um beim Bund eine ähnliche Vereinbarung für Grenzpendlerinnen und Grenzpendler bei uns anzustoßen?
- Wie bewertet die Landesregierung den Schwellenwert von 40%, bei dem die Zuständigkeit wechselt?

Mit freundlichen Grüßen



Christof Rasche

**Christof Rasche**  
**FDP-Landtagsfraktion**  
**Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
Telefon 0211 884 4430  
christof.rasche@landtag.nrw.de  
**christof-rasche.de**

---

1

<https://www.sozialversicherung.at/cdscontent/?contentid=10007.889335&portal=svportal>



Romina Plonsker MdL – CDU-Landtagsfraktion NRW  
Berivan Aymaz MdL – Grüne im Landtag NRW  
Platz des Landtags 1 – 40221 Düsseldorf

**Romina Plonsker MdL**

Sprecherin für Europa und Internationales  
der CDU-Landtagsfraktion

**Berivan Aymaz MdL**

Sprecherin für Europa und Internationales  
der Grünen-Landtagsfraktion

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
Europa und Internationales  
Herrn Stefan Engstfeld MdL

**Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Ausschusses für  
Europa und Internationales am 03. Februar 2023**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW  
beantragen wir folgenden Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für  
Europa und Internationales am 03. Februar 2023:

„Hilfe für die Ukraine und Perspektiven für die Regionalpartnerschaft mit  
Dnipropetrowsk: Welche Unterstützung leistet die Landesregierung?“:

Am 23. September 2022 hat der Ausschuss für Europa und Internationales des  
Landtags NRW den Antrag von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP unter dem Titel  
„Nachbarn, die einander helfen: Regionalpartnerschaft von NRW und der Ukraine  
vorantreiben“ einstimmig beschlossen. Darin wird die Solidarität Nordrhein-Westfalens  
mit den Menschen in der Ukraine zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig der Auftrag  
formuliert, sie so gut zu unterstützen, wie wir dies als größtes Bundesland vermögen.  
Am 12. Dezember 2022 hat Europaminister Nathanael Liminski die geplante  
Partnerschaft mit der ukrainischen Region Dnipropetrowsk im Rahmen einer  
Spendenübergabe von 370 Stromgeneratoren bei der Hilfsorganisation Blau-Gelbes  
Kreuz e. V. in Köln bekannt gegeben.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht  
und dabei insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welche Unterstützungsleistungen wurden seitens der Landesregierung innerhalb  
der einzelnen Ressorts bislang geleistet?
2. Wie wird die Hilfe innerhalb der Landesregierung koordiniert?

3. Welche (weiteren) Unterstützungsleistungen sind im Rahmen der Regionalpartnerschaft konkret geplant?
4. Wie ist der Stand der Vorarbeiten zur gemeinsamen Absichtserklärung, in der die Zusammenarbeit über alle Bereiche hinweg konkretisiert und die voraussichtlich im ersten Quartal 2023 unterzeichnet werden soll?
5. Inwiefern möchte die Landesregierung Synergieeffekte zwischen der Regionalpartnerschaft des Landes und kommunalen Partnerschaften mit der Ukraine erzielen?

Mit freundlichen Grüßen



Romina Plonsker MdL

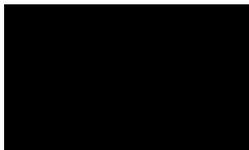


Berivan Aymaz MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
für Europa und Internationales  
Stefan Engstfeld, MdL



**INGE BLASK, MdL**  
Sprecherin für Europa & Internationales

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Tel.: 0211.884-2510  
E-Mail: inge.blask@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

19. Januar 2023

**Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung  
am 3. Februar 2023:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgenden  
Tagesordnungspunkt für die Sitzung des Ausschusses für Europa und  
Internationales am 3. Februar 2023:

**Was ist seit der Unterzeichnung der Partnerschaftserklärung zwischen der  
Greater Manchester Combined Authority und dem Regionalverband Ruhr  
passiert?**

Am 6. September 2021 haben die Greater Manchester Combined Authority und  
der Regionalverband Ruhr eine Absichtserklärung zur engeren  
Zusammenarbeit unterzeichnet. Im Fokus sollten dabei die Themen  
Klimawandel, nachhaltige Mobilität, grüne Infrastruktur, Digitalisierung,  
Cybersicherheit, Innovation und Forschung stehen. Neben der Stärkung von  
Wirtschaft- und Handelskooperation sollten die zivilgesellschaftliche,  
kulturelle und schulische Zusammenarbeit gestärkt werden, u.a. über  
Jugendaustausche.

- Inwiefern haben sich die Beziehungen zwischen Greater Manchester  
und dem Regionalverband Ruhr seit der Unterzeichnung der  
Partnerschaftserklärung verändert?

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



- Welche Vorhaben in den genannten Bereichen wurden bisher umgesetzt, durch welche Maßnahmen oder Aktivitäten?
- Welche Ressourcen stehen NRW zur Umsetzung der verstärkten Kooperation zwischen den beiden Regionen zur Verfügung?
- Inwiefern sind Aktivitäten des Landes mit denen auf kommunaler Ebene vernetzt? Werden bestimmte Kooperationen im Rahmen der Partnerschaft vom Land strukturierend begleitet? Gibt es bereits einzelne (kommunale) Leuchtturmprojekte?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit, Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask MdL

# Landesregierung Nordrhein-Westfalen

## Europapolitische Prioritäten



### I. Ein zukunftsorientiertes Europa in der Krise

- 1 Die Energieversorgung sicherstellen und die grüne Transformation vorantreiben**
  - ▶ Die Energiekrise europäisch lösen und Abhängigkeiten verringern
  - ▶ Die grenzüberschreitende Infrastruktur ausbauen und Nutzung von Wasserstoff fördern
  - ▶ Den Europäischen Grünen Deal umsetzen und Vorreiter bei der Mobilität werden
- 2 Wirtschaftliche Erholung und Widerstandsfähigkeit fördern**
  - ▶ Die wirtschaftlichen Folgen der Krise abmildern
  - ▶ Solide Haushalte, Flexibilität und effektive Korrekturen als Grundprinzipien verankern
  - ▶ Das Potenzial gemeinsamer EU-Mittel ausschöpfen und die Wirtschaft stärken

### II. Ein strategisch souveränes Europa

- 3 Die Europäische Union zu einem entschlossenen geopolitischen Akteur machen**
  - ▶ Die Ukraine unterstützen, wiederaufbauen und an die EU heranzuführen
  - ▶ Den strategischen Dialog in Europa und mit gleichgesinnten Drittstaaten vertiefen
  - ▶ Die europäische Verteidigungspolitik vertiefen und militärische Mobilität sicherstellen
- 4 Die offene strategische Autonomie der europäischen Industrie sichern**
  - ▶ Lieferketten diversifizieren, Abhängigkeiten reduzieren und globale Standards setzen
  - ▶ Versorgungssicherheit in kritischen Bereichen wie bei Chips und Rohstoffen erhöhen
  - ▶ Lebensmittelversorgung sichern und Landwirtschaft im grünen Wandel unterstützen

### III. Ein geeintes und demokratisches Europa

- 5 Den sozialen Zusammenhalt fördern**
  - ▶ Die Europäische Säule sozialer Rechte umsetzen und Arbeitnehmern in der Krise helfen
  - ▶ Das Arbeitsrecht den neuen Arbeitsformen und erhöhter Mobilität anpassen
  - ▶ Ein faires und solidarisches System für Migration und Integration etablieren
- 6 Die Resilienz der europäischen Demokratie stärken**
  - ▶ Online-Plattformen und Künstliche Intelligenz regulieren und Desinformation bekämpfen
  - ▶ Die Reform der EU vorantreiben und das Engagement der Bürger fördern
  - ▶ Die Rechtsstaatlichkeit verteidigen und das Eintreten dafür unterstützen

### IV. Ein integriertes, krisenfestes und sicheres Europa

- 7 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Binnenmarkt vertiefen**
  - ▶ Den Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum mit Belgien und den Niederlanden vertiefen
  - ▶ Grenzüberschreitende Forschung fördern und für das Einstein-Teleskop eintreten
  - ▶ Den europäischen Binnenmarkt krisenfest machen
- 8 Die Zusammenarbeit in Sicherheit und Krisenmanagement intensivieren**
  - ▶ Die Klimaresilienz erhöhen und den gemeinsamen Katastrophenschutz stärken
  - ▶ Kritische Infrastruktur schützen und grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen
  - ▶ Die Resilienz der Gesundheitssysteme in den Mitgliedstaaten festigen